

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 fl.
monatl. 4,80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 fl. Bei
Postbezug vierteljährl. 16,08 fl., monatl. 5,36 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl.
Danzig 3 fl. Gold. Deutschland 2,50 R.-M. Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Herrnruh Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 30 Groschen, die 90 mm
breite Nennzeile 250 Grosch. Danzig 20 bis 150 fl. Pl.
Deutschland 20 bis 150 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platz-
vorrichtung und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur
fürstlich erbeten. — Öffentliche Gebühren 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitkonten: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 17.

Bromberg, Sonnabend den 21. Januar 1928.

52. Jahrg.

Der widerspenstige Bauer.

(Von unserem Moskauer Mitarbeiter.)

Moskau, den 16. Januar 1928.

Seit einigen Tagen rollen schon die Züge, die die Vertreter der Opposition einzeln oder in kleinen Gruppen nach dem mehr oder weniger fernen Osten bringen. Trocki, Radet und Sinowjew — wer hätte noch vor einem Jahre geglaubt, daß man diese Helden der Oktoberrevolution einfach als gemeine Gegenrevolutionäre nach Sibirien und Mittelasien verbannen könnte? Kein Wunder, daß der sensationslustige europäische Zeitungsleser, wenn er von diesen Begebenheiten liest, in seinem Gedächtnis nach Analogien aus der großen französischen Revolution sucht und sich beruft, den russischen Vorgängen einen Zettel mit einer entsprechenden französischen Aufschrift, sei es: "Terminus", oder "Brumaire" oder sonst was, aufzukleben.

Inzwischen zeigt es sich jedem aufmerksamen Beobachter immer deutlicher, daß dieser Kampf der "Titanen", der letzten Endes doch nichts als ein Kampf der verschiedenen Parteigruppen um die Macht ist, herzlich wenig mit dem zu tun hat, was sich gegenwärtig in den untersten Schichten der Sowjetunion abspielt. Eben glaubte die siegreiche Parteigruppe mit Stalin an der Spitze sich nach dem monatelangem Kampfe, in dem nicht von Revolvern und Bomben, aber um so mehr von Leningritaten von beiden Seiten ausgiebigster Gebrauch gemacht wurde, eine kleine Erholung gönnen zu können, — und schon kommen von den zuständigen Wirtschaftsorganen Alarmrufe und Gefahrensignale mit einem Nachdruck und einer Schärfe, wie wir es in den vergangenen Jahren auch bei den vielen "Krisen", die merkwürdigerweise zu einer Art Dauererscheinung in dieser "Planwirtschaft" geworden sind, nicht erlebt haben.

Zur nächsteren Wirklichkeit aus dem Nebel der Parteistreitigkeiten zurückkehrend, müssen Stalin und seine Waffenträger die unangenehme Feststellung machen, daß der Widerstand eines namenlosen "Iwanoff" oder "Petroff" auf dem Lande für das gegenwärtige Regime viel gefährlicher ist, als eine noch so starke und durch große Parteinamen vertretene Opposition innerhalb der Partei. Denn ein Parteikreis läßt sich schließlich im Wege des Ausgleichs oder der Auslöschung des unterlegenen Teiles erledigen. Der Gegensatz aber, der an der Wurzel aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegt, die sich jetzt mit einem so plötzlichen Nachdruck melden, ist der unüberbrückbare Gegensatz des russischen Bauern zum kommunistischen Staate, oder vielmehr zur kommunistischen Stadt. Dieser Staat möge sich wohl bei jeder Gelegenheit als "die Republik der Arbeiter und Bauern" nennen, seine Führer mögen noch so viele schöne Reden über die Solidarität der Arbeiter- und Bauerninteressen halten, es hilft alles nichts: der Bauer fühlt sich von der Stadt übervorteilt und handelt danach. Er erinnert sich immer noch an die "gute alte Zeit", wo er für ein蒲 Roggen sechs oder mehr Arshin Baumwollwaren kaufen konnte; und wenn er bei der jetzigen Preissrelation von der nationalistischen Industrie nicht mehr als 1 bis 2 Arshin bekommen kann, dann schimpft er nicht nur, sondern bleibt eben zu Hause und versüßt den Roggen dem Vieh — was er früher fast nie getan hat.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich mit solcher Wucht etwa seit Anfang Dezember offenbarten, haben ihren Ursprung darin, daß der Bauer mit den Getreideverkäufern trotz der dritten guten Ernte derart zu rückhält, daß nicht nur der Getreideexport vollständig darunterliegt, wodurch der gesamte Export- und Importplan für das laufende Jahr mit einem Schlag umgeworfen wird, sondern auch die Versorgung der Städte und übrigen Zusatzgebiete in Frage gestellt ist. Haben doch einige nördliche Gouvernements im November-Dezember nur ein Sechstel, ja sogar weniger, der ihnen durch die Versorgungspläne zugewiesene Menge Brotgetreide erhalten. In Moskau und Petersburg sollen vom 15. Januar ab Höchstpreise für Mehl und Brot eingeführt werden, was nach den üblichen Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit an sich schon genügt, um bei den Verbrauchern eine Art Panik hervorzurufen.

Sucht man in der Sowjet-Wirtschaftspresse nach einer Erklärung für die Ursachen dieser plötzlichen Krisenscheinung, so muß man zunächst die überraschende Feststellung machen, daß für die eigenartigen Wirtschaftsverhältnisse dieses Landes der bekannte Satz: "Hat der Bauer Geld... ancheinend keine Gültigkeit hat. Denn wenn man den Sowjetzeitungen glauben soll, so münden diese Erklärungen in dem paradox klingenden Sache aus, daß der Bauer zu viel Geld hat. Nun also viel dürfte es nicht sein; es stimmt aber, daß er nicht weiß, was er mit diesem Gelde anfangen soll, er hat jedenfalls kein Interesse daran, noch mehr Geld zu bekommen. Er wartet daher mit dem Verkauf seines Roggens und seines Weizens ab, speichert sein Getreide auf — haben ihm doch auch die kommunistischen Redner so viel vom kommenden Krieg eingeredet.

Heraus ziehen die Sowjetwirtschaftler den praktischen Schluss: Um den Bauer einen Anreiz zum erneuten Verkauf ihrer Produkte zu geben, muß man vor allem ihre Taschen von dem "überflüssigen" Gelde entleeren. Das weitere Antreten der Steuerschraube hilft hier nichts, alles was auf diese Weise durch die erdrückenden direkten Steuern herauszuholen war, ist herausgeholt worden. Das natürliche Mittel wäre ja: dem Bauer die von ihm so arg benötigten Industriearmaren zu vernünftigen Preisen anzubieten. Das ist aber auch das Schwierigste. Um von den Verkaufspreisen der staatlichen Industrietrusts, die allen Befehlen zum Trotz nicht heruntergehen wollen, gar nicht zu reden — es fehlt auch an den Waren selbst.

In den Monaten Oktober-Dezember ist die industrielle Produktion zurückgegangen. Teilweise aus Mangel an Rohstoffen, die von der Landwirtschaft geliefert werden sollten (Flachs, Wolle, Häute, Ölfrüchte usw.). Also eine Art circulus vitiosus ...

Außerdem gelangen die Waren, die aus den staatlichen Fabriken herauskommen, nicht an die Bauern, oder wenigstens nicht in dem Maße, wie es sein sollte. Wir haben so oft in den letzten Monaten von dem glänzenden Sieg gehörkt und gelesen, den der Sowjetstaat über den "Tschaftnik", über den Privathandel, soweit er noch bestand, errungen hat. Die Privathandelsfirmen sind auch tatsächlich, den Hoffnungslosen Kampf um ihre Existenz aufgebend zu Zehntausenden in Liquidation gegangen. (Diekehrseite der Medaille ist, daß etwa 40 000 000 Rubel rückständiger Einkommensteuer, die die liquidierten Privathändler schuldig geblieben sind, nicht eingetrieben werden können.)

Aber diese Privathändler waren es gerade, die durch ihre Arbeit den wirtschaftlichen Blutwechsel zwischen der kommunistischen Stadt und dem privatwirtschaftlichen bäuerlichen Land vermittelten und einigermaßen aufrecht erhielten. Der unzureichende und schwerfällige staatliche Handelsapparat vermag nicht den Privathändler zu ersetzen. Der Pyrrhusieg über den Privathandel hat den Riß zwischen Land und Stadt vertieft, den Ärger des Bauern verschärft.

Da man dem Bauern keine Waren bieten kann, ist man im Kreislauf auf die glückliche Idee gekommen, ihm statt dessen — um ihm zu helfen, sein Geld los zu werden — eine Staatsanleihe anzubieten. Anfang Januar ist eine Anleihe für die Befestigung der Landwirtschaft" in Höhe von 100 Millionen Rubel aufgelegt worden, die nach dem Plane des Finanzkommissariats auf dem Lande untergebracht werden soll.

Wie sind die Aussichten für die Unterbringung dieser Anleihe? Es genügt wohl, zwei Zahlen anzuführen. Erstens haben in den fünf Jahren, seitdem die Sowjetregierung die Staatsparaden wieder geöffnet hat, die Spar-einlagen der 100 Millionen russischer Bauern die lächerliche Summe von 10 Millionen Rubel erreicht (Ende 1927). Nicht viel besser steht es mit den ländlichen Kreditgenossenschaften, die auch gänzlich unter kommunistischer Leitung stehen und kein Vertrauen der Bauern genießen. Hier haben die Einlagen in der gleichen Zeit 30 Millionen Rubel erreicht (vor der Revolution war der Einlagebestand — unter Berücksichtigung der veränderten Kaufkraft des Rubels — nahe an einer halben Milliarde). Bedeutet man ferner, daß es der Sowjetregierung gegenüber den Bauern an jenen wirtschaftlichen Druckmitteln fast gänzlich fehlt, dank deren es ihr gelang, die neuere "Industrialisierungsanstrengung" zum großen Teile bei den Arbeitern und Sowjetbeamten unterzubringen, so sind die Aussichten durch dieses Mittel dem Bauer sein Geld abzunehmen und seiner Verkaufssabotage gegenüber dem Staate ein Ende zu machen, die denkbar ungünstigsten.

Dieser Bauernopposition ist für das ganze politische und wirtschaftliche Gefüge des Sowjetstaates viel gefährlicher, als es eine Parteiopposition sein kann. Zwar ist diese Opposition einstweilen nicht "politisch", hierzu ist das Bauerntum allzu zerstückelt, es fehlt ihm an Organisation und Stoffkraft, es fehlt ihm vor allem an Führern. Aber wo es eine Kraft, sei es auch eine passive, wie in diesem Falle, und eine Stimmung (in Enganglung einer "Ideologe") gibt, da kommen früher oder später auch die Führer! Das ist nur eine Zeitsfrage. Werden sie aus den Reihen der sogenannten "dritten Kraft", also aus dem nichtkommunistischen, "sachmännischen" Beamtentum, dessen Einfluß in den letzten Jahren stark gestiegen ist und durch die Parteizwistigkeiten der Kommunisten noch verstärkt wird) kommen, oder etwa aus der "Roten Armee", die trotz ihres kommunistischen Anstrichs im Kriege doch eine Bauernarmee viel mehr als eine Proletarierarmee ist? Hierfür müssen wir die Antwort einstweilen der Zukunft überlassen.

Der dritte Reichswehrminister.

Groener statt Gehler.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Berlin, 19. Januar. Reichspräsident von Hindenburg hat auf Antrag des Reichskanzlers Marx den Reichswehrminister Gehler auf dessen eigenen Wunsch seines Amtes enthoben und den General Groener zu seinem Nachfolger ernannt.

General a. D. Groener, der dritte Reichswehrminister der Republik, ist zugleich der erste Minister vom "Fach". Sowohl Noske als auch Gehler waren militärische Laien und mußten sich in ein für sie völlig neues Gebiet einarbeiten. Man muß es besonders dem letzteren zugute halten, daß er diese schwierige Aufgabe mit großem Geschick bewältigt hat. Der neue Reichswehrminister ist einer der bekanntesten deutschen Generale, der sich in und auch nach dem Weltkriege auf verschiedenen Gebieten große Verdiente erworben hat. Erst kürzlich, am 22. November, vollendete er sein 60. Lebensjahr.

Einer altwürttembergischen Beamtenfamilie entsproffen trat Wilhelm Groener nach bestandener Reifeprüfung im Herbst 1884 bei dem Infanterie-Regiment Nr. 121 in Ludwigsburg ein, rückte im September 1886 zum Lieutenant auf und wurde 1897 nach dem Besuch der Kriegsschule zum Dienstleistung beim Großen Generalstab kommandiert. Zwei Jahre später wurde er als Hauptmann in die Eisenbahn-Abteilung des Generalstabes versetzt, der er seit dem Jahre 1912 als Chef mit Unterbrechungen bis zum Jahre 1918 angehörte. Zwischenzeitlich war er zwei Jahre Kompaniechef bei dem 98. Infanterie-Regiment in Meß, tat dann Dienst als Generalstabsoffizier bei dem Generalkommando des 18. (württembergischen) Armeekorps in Stuttgart und bekleidete dann ein Bataillon im 120. Infanterie-Regiment.

Bei der Mobilisierung wurde Oberst Groener Chef des Feldseisenbahnwesens, das nicht nur bei dem Aufmarsch im Osten und Westen, sondern auch später eine bedeutende, oft ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Das fürstlich vom Reichsarchiv herausgegebene Werk "Das deutsche Feld-eisenbahnwesen" gibt uns in allgemein verständlicher Form

ein Bild über die glänzenden Leistungen der deutschen Bahnen bei der Mobilisierung und schildert auch ihre spätere Ausnutzung für Zwecke der Truppenverschiebung und Heeresversorgung. Nach dem Durchbruch bei Tarnow-Gorlice, zu dessen Gelingen die Eisenbahnen sehr viel beigetragen haben, wurde Oberst Groener im Juni 1915 außer der Reihe zum Generalmajor befördert und erhielt im Herbst 1915 den Orden Pour le mérite, sowie den württembergischen Militärverdienst-Orden, mit dem der persönliche Adel verbunden ist. Am 1. November 1916 trat Groener als Generalleutnant an die Spitze des neuerrichteten Kriegsamtes, das sowohl die Rohstoffe mehr als bisher erfassen, als auch die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen sollte. Ihm lag hierbei die schwere Aufgabe ob, das sogenannte Hindenburg-Programm durchzuführen und das Hilfsdienst-Pflichtgesetz vor dem Reichstag zu vertreten. Im August 1917 trat Generalleutnant Groener von diesem Posten zurück und übernahm eine Division im Osten, bald darauf wurde er kommandierender General zunächst des 25. Reservekorps, sodann des 1. Armeekorps in der Ukraine.

Auf Vorschlag Generalfeldmarschalls von Hindenburg wurde Generalleutnant Groener Ende Oktober 1918 als Nachfolger des ausgeschiedenen Generals Ludendorff zum ersten Generalquartiermeister des Feldheeres ernannt und blieb in dieser Stellung bis zum Juni 1919. Bald darauf erbat er den Abschied und nahm seinen Wohnsitz in Stuttgart. Von Juni 1920 bis zum August 1923 war Groener Reichsverkehrsminister und betämpfte mit Erfolg Befreiungen zur Privatisierung der Reichsbahnen. — Politisch stand er der Zentrumspartei nahe. Zahlreiche Ehren wurden General Groener zuteil, so ernannte ihn die philosophische Fakultät der Universität Berlin und die Technische Hochschule in Stuttgart zum Dr. h. c., seine Vaterstadt Ludwigsburg verlieh ihm das Ehrenbürgerecht. General Groener hat sich auch als Schriftsteller aus bester bewährt. Sein vor einigen Monaten erschienenes Werk "Das Testament des Grafen Schlieffen" gehört zu den glänzendsten Büchern über den Weltkrieg. In seiner Eigenschaft als verdienter General und als Minister, dem Verwaltungsaufgaben vertraut sind, bietet General Groener die beste Gewähr für eine erfolgreiche objektive Verwaltung seiner schweren Aufgabe.

Deutschlands Finanzlage.

Berlin, 20. Januar. (PAT) Reichsfinanzminister Dr. Köhler begann sein gestern im Reichstage erwartetes Exposé mit der Feststellung, daß die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands seit einem Jahre sehr ernste Beschwörungen und Sorgen wecke. Die Ausgaben für die Arbeitslosen betrugen vor einem Jahre 40 Millionen Mark monatlich, und es war damals noch nicht gewiß, ob es gelingen werde, Mittel zur Deckung der Ausgaben zu finden, die sich aus der damaligen Wirtschaftslage ergaben. Der Minister erklärte, daß sein Pessimismus, der von einem bedeutenden Teil der deutschen Presse so heftig angegriffen wurde, damals begründet gewesen sei, und daß man es nur der unerwarteten Hebung der Konjunktur und der Besserung des Wirtschaftslebens zu danken habe, daß diese pessimistischen Beschwörungen nicht eingetreten sind. Dieses Jahr der Großkonjunktur liegt hente, sagten der Minister, hinter uns. Es brachte uns zwei günstige Ereignungen für die Reichsfinanzen: Die für die Arbeitslosenunterstützungen bestimmten Mittel wurden nicht erschöpft. Von den für diesen Zweck vorgezogenen 450 Millionen Mark wurden nur 270 Millionen verbraucht. Auf diese Weise wurden in der Wirtschaft des verlorenen Jahres etwa 180 Millionen erspart. Das zweite Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahre war der Überdruss an Einnahmen, der aus den Steuern erzielt wurde. Alle diese Überschüsse werden wahrscheinlich durch das Bußgabebudget verschlungen werden, das etwa 300 Millionen Mark brauchen wird. Nichtsdestoweniger wird das vergangene Jahr wahrscheinlich mit Ersparnissen in Höhe von etwa 150 Millionen Mark abgeschlossen werden können.

Den Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1928 stellte der Minister als ein Sparsamkeitsbudget dar. Troß einer ganzen Reihe von neuen notgedrungenen Ausgaben konnte dieses Budget ins Gleichgewicht gebracht werden, ohne die Steuern zu erhöhen. Der Minister ist der optimistischen Ansicht, daß die Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland sich auch weiterhin günstig entwickeln werden, da sich bis jetzt keine Anzeichen bemerkbar gemacht haben, die auf einen Rückgang der Konjunktur oder auf irgendeine Krise schließen ließen. Gefährlich könnte lediglich die Entwicklung einsetzen, auf die einzelnen Steuer- und Budgetpositionen eingehend, wies der Minister darauf hin, daß in der ganzen vorjährigen Wirtschaft die Anleihefrage den ungünstigsten Punkt gebildet hätte. Der Kurs der Staatsanleihe, die im Frühjahr 1927 emittiert wurde, mußte von der Regierung andauernd auf seiner Basis erhalten werden, um einen allzu großen Sturz zu verhindern. Der Etat für das Jahr 1928 wird im gewöhnlichen Budget 9856 Millionen Mark und im außerordentlichen 140 Millionen, zusammen also 9½ Milliarden Mark betragen. Um die Einnahmen auf der bisherigen Höhe zu erhalten, werde es notwendig sein, die Ausfuhr zu erhöhen. Der schwierigste Punkt in der Wirtschaftslage ist nach Ansicht des Ministers die schwere Lage der Landwirte. Zum Schluß schnitt der Minister das Memorial Parker Gilberts an und erklärte u. a., daß der Reparationsversuch Deutschlands keine Änderungen im Dawesplan, sondern nur dessen Ergänzung zur Folge haben würde.

Ein serbischer Prinz geboren.

Königin Maria von Südalien geborene geboren in der Mittwoch-Nacht einen gefunden Sohn, der den Namen Andreas erhielt. Der erste Sohn, der Thronfolger Peter, ist jetzt dreijährig.

Propaganda-Freiheit vor den Wahlen.

Soll der wahre Willen des Bürgers am Wahltag zum Ausdruck kommen, so muß jedem Wähler eine Propaganda-freiheit eingeräumt werden. Jeder Wähler muß die Möglichkeit haben, seine Meinung frei aussprechen zu können. Dazu ist vor allem eine hinreichende Versammlungsfreiheit erforderlich. Das Gesetz, das diese Versammlungsfreiheit ordnet, stammt vom 5. August 1922 und enthält nur 7 Artikel, die kurz und bündig sind und die den Wählern genügend Garantie bieten. Gleich zu Beginn heißt es dort, daß die Versammlungen in der Wahlzeit keine Genehmigungen der Verwaltungsbehörden bedürfen. Im ganzen unterscheidet das Gesetz nur zwei Arten von Versammlungen. Versammlungen in geschlossenen Räumlichkeiten und Versammlungen im Freien. Während die ersten ganz frei sind, sollen die Versammlungen im Freien 24 Stunden vor der Abhaltung angezeigt werden, wozu man aber keiner Genehmigung bedarf. Falls die Anzeige unterbleibt, kann auf Grund des Gesetzes keine Strafe erfolgen, weil das Gesetz keine Strafe dafür vorsieht.

Genau so klar und deutlich ist die Verordnung vom 8. Januar 1919 und 1922, hinsichtlich des Schutzes der Wahlen selbst. Mit Gefängnis wird bestraft, wer den Wähler an der Wahlausübung durch Gewalt, Drohung oder Missbrauch des Amtes hindert oder zu hindern versucht. Auf Grund dieses Gesetzes kann ein Arbeitgeber, der seinem Arbeiter die Einsichtnahme in die Wählerlisten unmöglich macht, indem er ihn in der Zeit der Listenauslegung nicht freiläßt, bestraft werden. Auch die Aufweigung gegen die Wahlhandlung kann mit Gefängnis bestraft werden.

Die Räufigkeit von Stimmen und auch der Versuch werden mit Gefängnis bestraft. Wer z. B. spendiert, Gewinne verteilt, persönliche Vorteile verspricht, durch Hinterlist versucht, Stimmen zu gewinnen, oder diese Stimmen für gewisse Personen erzielen will, wird bestraft, und zwar mit einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre. Es wird nicht nur der Räuber dieser Stimmen, sondern auch der, der sich bestechen läßt, bestraft. Eine schwere Strafe und zwar bis zu drei Jahren Gefängnis trifft denjenigen, der eine Wahlkommission bei ihrer Arbeit hindert oder zu hindern versucht. Die Mitglieder einer Wahlkommission stehen unter einem besonderen Gesetzeschutz, genau so wie die Staatsbeamten während des Dienstes. Nicht nur die Beleidigung der Wahlkommission wird streng bestraft, sondern auch die Beschädigung des Wahllokales, die Beschmierung und die Lustverwaltung im Wahllokal. Ebenfalls mit Gefängnis wird jeder belegt, der wählen geht ohne daß er das Wahlrecht besitzt. Die Wahlkommissionsmitglieder werden mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft, wenn sie sich Verfehlungen bei Stimmenannahme oder bei Stimmenzählern auszuladen kommen lassen. Eine schwere Bestrafung bis zu sechs Jahren Gefängnis erhalten diejenigen Personen, die die Wählerlisten falschen, gleichgültig ob sie den Wahlkommissionen angehören oder nicht.

Das Reich der Tiere.

Vom Film und von den Wahlen.

Der Warschauer sozialistische "Robotnik" erlebt in seiner Zeit eine heitere Stunde. Der journalistische Niederschlag dieser Karnevalsstimmung wurde in Nr. 17 vom 17. Januar veröffentlicht und nachstehend ins Deutsche übertragen:

Das Programm der Warschauer Kino-Theater reicht schon nach den Wahlen. Fast alle Kinos treiben Wahlagituation. Die "nationalen" Gruppierungen führen im Splendid einen Film unter dem Titel "Der Mann aus der Vergangenheit" vor, in dem Dworak, Korfanty und andere gottegnadete Sterne die Hauptrollen spielen. In einem Kino wird ein "Film mit der Leiche" verfilmt, der die Brantwerbung der Sanierung mit den konservativen illustriert. Die Konservativen wiederum machen für sich andauernd Reklame durch Vorlesungen unter dem Titel "Die Toten leben". Die meisten Filme werden von den Kommunisten vorgeführt, sie agitieren im Palast-Theater, wo "Das Paradies auf Erden" und noch in einem anderen Kino, wo ein Stück "Im siebenten Himmel" verfilmt wird. Zwei andere Filme spiegeln das wider, was in Russland vorgeht; in einem Kino in der Vorstadt Bala wird "Das Ende der roten Götter" gezeigt, in einem anderen "Gewalt, was geht hier vor?" Auf polnische Verhältnisse bezieht sich ein Film unter dem Titel "Unter den Bildern auf Borneo", der die Herrschaft des Pressedekrets widerspiegelt.

Bei der Wahlagitation hat sich neuerdings die Tiermode herausgebildet. Die frühere "Chienka" (Spani) stellt sich als Kanarek (Kanarienvogel) und die Sanierung als "Pfif" (Vogel) vor. Für den Kanarek müßte jede aufrichtig denkende Gang stimmen, jede Krähe, jeder Himmelvogel und überhaupt alles, was Vogelgehirn hat. Für den Bullen wiederum werden ihre Stimme die ihm verwandten Wildtiere abgeben, und zwar: Auerhähnen, Büffel und wie es heißt sogar Egel.

Die Nationale Arbeiterpartei schreitet diesmal als "Robotnicza Partia Narodowa" zur Wahl; das heißt abgekürzt "Nowa Narodowa" (Eiter der Nation). Die Wahlen werden jedenfalls die Folge haben, daß der faulende Eiter endgültig aus dem Körper des Volkes herausgepreßt wird. Die Kommunisten gehen in Warschau zur Wahl als "Warszawska Ekspozycja Sowietskiego Zwiazku" oder abgekürzt als "Wels" (Laus). Die Monarchisten haben bereits ein Wahlkomitee unter dem Namen "Organizacja Wyborcza Męzczo-Demokratyczna Króla" (Wahlorganisation von Männern, die auf einen König warten) oder gekürzt: "Wymocet" (das Aufgussterchen "Insuforse").

Die Christliche Demokratie hat noch keinen endgültigen Namen. Wir schlagen einige vor, die vielleicht sehr geeignet wären, z. B. "Piast-Chadecja" oder abgekürzt "Pch" (Sand). Diese Kürzung würde am genauesten die Dauer und Solidität der Versprechungen dieser Gruppierung charakterisieren. Oder vielleicht könnte man — mit Rücksicht auf den geschäftlichen Charakter der Vereinigung der Platten mit der Chadecja — diese Firma Piast et Chadecja benennen, in der Abkürzung "Pch", oder vielleicht Piastowka-Chadecja-Latarena (die zusammengefügten Platten und Christlich-demokraten)? Die entsprechende Kürzung wäre "Phla" (Floh).

Diese ausgesuchte Gesellschaft tritt in den Wahlkampf ein: Auf der äußersten Linken — die Lause, auf der äußersten Rechten — der Kanarienvogel. Einiges näher am Zentrum der Floh und das Aufgussterchen, und im Zentrum selbst der Bulle. Der Verlauf des Wahlkampfes wird jedenfalls so sein, daß die Lause das Aufgussterchen verschlingt, der Floh erjagt und daß dem Kanarienvogel der Bulle bereit ist. Und was wird mit dem Bulle?

Der "Robotnik" weiß natürlich — von seinem Parteistandpunkt aus gesehen — auch dafür Plat. "Mit dem wird sich — nach sozialistischen Traumbildern — der stärkere Lew (Lewica — die Linke), also der Löwe Plat geben. Nur so mehr als es, wie Fachleute behaupten, gar kein Bulle, sondern der sanfteste Ochse auf der Welt ist." (Weshalb sich auch die

polnischen Sozialisten bisher zähm und friedlich seiner Herrschaft fügten! D. R.)

Der Minderheitsblock wurde zum Glück nicht ins Tierreich verzeigt. Er ist auch eine durchaus ernsthafte Angelegenheit, die derartige Vergleiche nicht verträgt.

Spaltung in der oberschlesischen P. P. C.?

Die "Agencia Wschodnia" meldet aus Katowitz: Auf Grund von Parteienstreitigkeiten sind die ehemaligen Abgeordneten Binielski und Ruhmefeld, sowie die Mitglieder Rubin und Peck aus dem Vollsitzungsausschuß der PPS. ausgetreten. Der Grund hierzu ist vor allem die scharfe Kritik, die von der Opposition der Partei an Binielski geworfen wurde. Binielski ist bekanntlich als Spitzenkandidat der PPS. in Oberschlesien aufgestellt worden. Hinter ihm steht der wenig beliebte Kandidat der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei. D. R.)

Das Reich und seine Ländler.

Ergebnis der Länderkonferenz.

Die Beratungen der Länderkonferenz in der Reichskanzlei endeten am Dienstag abend mit der Einsetzung eines Redaktionsausschusses, der eine Verlautbarung aussetzen soll, die das bisherige Ergebnis der Verhandlungen über den ersten und zweiten Punkt der Tagesordnung der Konferenz umfaßt. Der Ausschuß trat am Mittwoch früh 9 Uhr zusammen. Das Redaktionskomitee der Länderkonferenz hat etwa drei Stunden an der Formulierung der angekündigten Verlautbarung gearbeitet. Dem Komitee gehören zwei Mitglieder des Reichskabinetts, Staatssekretär Pönter, der preußische, der bayerische, der sächsische Ministerpräsident und einige Vertreter der kleineren Länder an. Das von dem Redaktionskomitee herausgegebene Communiqué hat folgenden Wortlaut:

"Durchdringen von der Überzeugung, daß der Wiederaufstieg unseres Volkes nur auf der Grundlage einer einmütigen und verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern erfolgen kann, sind Reichs- und Länderregierungen in ihrer heute zum Abschluß gelangten Konferenz nach eingehenden Beratungen zu folgenden Ergebnissen gelangt:

I. Reichsregierung und Ländervertreter sind der Auffassung, daß die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf. Wenn auch darüber, ob die Reform die unilaterale oder die föderative Kräfte stärken soll, oder welche Vereinigung beider Kräfte in neuer Form möglich ist, eine Übereinstimmung nicht erzielt werden konnte, so bestand doch darüber Einigkeit, daß eine starke Reichsgewalt notwendig ist. Im übrigen wurde in folgenden Punkten ein Einverständnis erzielt:

1. Jede Trennung ist bedenklich. Insbesondere soll die Gesamtlösung nicht dadurch erschwert werden, daß leistungsschwache Länder vom Reich als "Reichsländer" aufgenommen werden. Finanzielle Notstände von Ländern, welche durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, soll durch andere geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden; als solche kommen Dotationen nicht in Frage.

2. Das Reich soll seinen Machtkreis nicht durch finanzielle Ausköhlung oder ähnliche Maßnahmen zum Schaden der Länder erweitern.

3. Wenn kleinere Länder in Nachbarländer einzugehen wünschen, so soll dieses Aufsehen nach Möglichkeit erleichtert werden. Die Auflösung der befreiten zahlreichen kleinen Enklaven und Exklaven im Wege freier Vereinbarung erscheint wünschenswert.

4. Die Länder werden häufiger und beschleuniger als bisher untereinander Vereinbarungen zur Rechts- und Verwaltungsausgleichung und Vereinfachung treffen, bei deren Abschluß die Reichsregierung mitwirkt.

5. Die Lösung des Gesamtproblems soll durch den Bericht eines Ausschusses vorbereitet werden, der zu gleichen Teilen von der Reichsregierung und den Länderregierungen besteht wird. Die Regierungen der im Verfassungsausschuß des Reichsrates vertretenen Länder werden je einen Vertreter in den Ausschuß entsenden. Der Ausschuß hat das Recht der Zuwahl. Er kann Sachverständige hinzuziehen. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Reichskanzler.

II. Die Reichsregierung hat im Interesse der Lösung des Gesamtproblems folgende Maßnahmen in Aussicht gestellt:

1. Zur Befestigung finanzieller Notstände von Ländern, die durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, ist die Reichsregierung bereit, über die geltende verfassungsmäßige Zuständigkeits hinaus geeignete Verwaltungsbereiche solcher leistungsschwachen gewordenen Länder auf das Reich zu übernehmen.

2. Zur Herbeiführung von Vereinbarungen über das Aufsehen kleinerer Länder in Nachbarländer, sowie für die Auflösung von Enklaven und Exklaven stellt die Reichsregierung ihre guten Dienste zur Verfügung; sie ist insbesondere bereit, eine Stelle zu bestimmen, welche in enger Führungnahme mit den Ländern arregiert, vermittelnd und auf Anruf der Beteiligten als Schiedsinstanz tätig wird.

3. Zur Vereinfachung der Gesamtverwaltung des Reichs wird die Reichsregierung demnächst im Reichsrat neue Vorschläge für das Reichsverwaltungsgericht machen.

III. Reichsregierung und Länderregierungen sind sich darüber einig, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sozialer Finanzbaruna in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Ein Ausschuß, der unter Vorsitz des Reichsministers der Finanzen aus mindestens vier Finanzministern in den Ländern besteht, soll näher prüfen, welche Wege in dieser Richtung gangbar erscheinen.

IV. Bezuglich der Fragen der Verwaltungsreformen sind sich Reichsregierung und Länderregierungen über die Notwendigkeit beschleunigter Durchführung der entsprechenden Reformen in Reich und Ländern einig. Diese Reformen haben sich insbesondere auf folgende Fragen zu erstreden:

a) Zweckentsprechende Zusammensetzung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden.
b) Finanzmäßige und den heutigen Verkehrsvorhängen angepaßte Abgrenzung der Bezirke der Lokal- und Mittelbehörden.

Um eine Gleichmäßigkeit in der Durchführung der notwendigen Verwaltungsreformen in den Ländern und eine Übereinstimmung in den entsprechenden Maßnahmen des Reichs sicherzustellen, sind sich Reichsregierung und Länderregierungen darüber einig, daß es zweckmäßig ist, wenn

a) Landesregierungen der Reichsregierung (Reichspräfekt) ihre Verwaltungsreformpläne mitteilen;
b) der Reichspräfekt sich auf Antrag der Landesregierung zu ihren Plänen gutschäflich äußert. In diesem Falle werden die Landesregierungen dem Reichspräfekt Gelegenheit geben, sich bei den in Betracht kommenden Landesbehörden zu unterrichten. Auch sind sie bereit, die Gutachten des Reichspräfekts den bezeichnenden Körperschaften vor der Beschlussfassung zuzulegen.

Mit der näheren Durchprüfung der in Betracht kommenden Fragen wird der zu I, 5 beauftragte Ausschuß beauftragt werden.

Trotski's Abreise in die Verbannung.

Am Montag abend 9 Uhr 20 Minuten verließ Trotzki mit dem Taschent-Zug Moskau, um nach seinem Verbannungsort Bjernau an der Grenze zwischen Russisch-Turkestan und China zu reisen. Am Tage zuvor hatten Radetski und verschiedene andere Führer der Oppositionspartei Moskau nach ihren unbekannten Bestimmungsorten im östlichen Ural verlassen. Trotzki traf auf dem Bahnhof kurz vor Abgang des Zuges ein. Er befand sich unter Begleitung einer Anzahl Polizisten.

Vor dem Bahnhofsgebäude hatte sich einem Bericht des "Berl. Tagebl." zufolge, eine Menge von 1500 Personen angegammelt, um Trotzki zu sehen. Sie empfing ihn mit Hochrufen und sang die "Internationale". Trotzki hatte keine Gelegenheit, zu sprechen, obgleich die Polizei bei seiner Ankunft keinen Versuch mache, ihn zu behindern. Als sich der Zug in Bewegung setzte, rief die Menge: "Es lebe die Vereinigte kommunistische Partei! Es lebe der Vereinigte Kommintern! Es lebe die Kommunistische fidele Union!"

Als Trotzki nach seinem entlegenen Exil abfuhr, war sein Gesicht bleich, aber würdevoll. Bei der Abfahrt Radetski hatte sich am Abend zuvor eine zweihundertjährige Menge angegammelt.

Trotzki sagt Stalin an.

Oslo (Kristiania), 19. Januar. Die Zeitung "Norges Socialisttidende" meldet aus Moskau, daß Trotzki vor seiner Verschiffung an die chinesisch-turkestanische Grenze sensationelle Enttäuschungen über Stalin gemacht habe. Er behauptete, daß der Moskauer Diktator Stalin zur Deckung der eigenen Ausgaben, besonders zur Festigung seiner Diktatur Gelder aus einem geheimen Fonds entnommen habe, die Legionen für den schmerzigsten Augenblick bestimmt hatte, d. h. für den Fall, daß die Diktatur des Proletariats bedroht wäre. Stalin habe aus diesem Fonds für eigene Zwecke 200 Millionen Goldrubel verausgabt.

Ausdeitung einer Spionage-Organisation in Rumänien.

Bukarest, 19. Januar. Die Polizei ist einem weitverzweigten Spionageunternehmen auf die Spur gekommen. Ein Student der Medizin namens Iziven Silai versuchte zwei Militärpersonen des Mobilmachungsamtes zu bestechen, um wichtige Dokumente zu erlangen. Die bei dieser Gelegenheit vorgenommene Untersuchung führte zur Aufdeckung eines umfangreichen Spionageystems, in dessen Dienst verschiedene Angestellte und vor allem ungarnische Studenten standen, die in einem Raum der Universität in Szegedin dem Unternehmen Treue geschworen hatten. Die Gedanken enthielten die Verpflichtung zur unbedingten Disziplin und sprach von der Eroberung Siebenbürgens. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Einige Beteiligte sind flüchtig. Die Hauptzentren der Bewegung waren Bistritz und Klausenburg.

Hand in Hand mit den Dieben.

Die weitere Verhandlung gegen Kurnatowski.

Warschau, 20. Januar. Am zweiten Verhandlungstage gegen den berüchtigten Leiter der Warschauer Kriminalpolizei Kurnatowski wurden die Zeugenvernehmungen fortgesetzt. Es wurden meistens gewerbsmäßige Diebe und Einbrecher verhört, die ausliefen, daß die Warschauer Kriminalpolizei von ihnen dauernd Schweigegelder erpreßte. Die Schweigegelder wurden sogar noch zu einem Zeitpunkt erpreßt, als einige der Diebe einen ehrenhaften Lebenswandel begonnen wollten. Der eine Zeuge wurde nicht weniger als 69mal verhaftet. Jedesmal mußte er sich mit Geldbeträgen von 50 bis 100 zu loslaufen, im anderen Falle wurde er tagelang in Untersuchungshaft gehalten.

Der Oberpolizist Falkowski sagte aus, daß er mit seinen Vorgesetzten ständig im Konflikt gestanden habe, und zwar deshalb, weil er Diebe festgenommen habe, die "nicht festgenommen werden sollten". Die von ihm festgenommenen Diebe seien mit der Bente wieder freigelassen worden.

Als nächster Zeuge sagte Herr Wojciech aus, der 1. Bl. im "Glos Prawy" den Feldzug gegen die Mähränder im Untersuchungsausschuß unternommen habe. Er erklärte, daß zu ihm viele Geschädigte gekommen seien und ihm die von ihm später veröffentlichten Einzelheiten mitgeteilt hätten. Alle hätten aus Furcht vor dem Untersuchungsausschuß ihre Namen nicht zu nennen.

Aus anderen Ländern.

Ein Attentat auf den belgischen Kronprinzen?

"Daily Chronicle" als einziges Blatt bringt eine Brüsseler Meldung, wonach am Dienstag dieser Woche ein Attentat auf den belgischen Kronprinzen verübt worden wäre. In Brüssel werde größte Stille eingehalten. Es sei kaum möglich, etwas zu erfahren. Das Blatt gibt folgende Darstellung:

Der Kronprinz habe in seinem Arbeitszimmer gearbeitet, als plötzlich eine Explosion erfolgt sei, die die Tür zum Arbeitszimmer gesprengt und die Fensterscheiben zertrümmert habe. Man habe festgestellt, daß eine Bombe in der Nähe der Tür niedergelegt worden sei. Das sei alles, jaat "Daily Chronicle", was bisher über die Angelegenheit zu erfahren gewesen sei.

Wegen antisowjetischer (?) Betätigung.

Moskau, 20. Januar. (PAT.) Vor dem Kollegium des außerordentlichen Kriegsgerichts beginnt am 23. Januar die Verhandlung gegen den Prälaten Skalici, den Administrator der Diözese Shitomir. Der Prälat ist angeklagt aus dem ukrainischen Strafcode "wegen antisowjetischer Betätigung". Der Anklageakt wirft ihm vor, daß er im Jahre 1923 der polnischen Vertretung für die Ukraine Memoriale über die moralische und materielle Lage der polnischen Gesellschaft in der Ukraine zu dem Zweck eingesandt habe, um sie zu veranlassen, mit einer Reihe von Forderungen auf Ausbeutung dieser Lage herzutreten.

Ein böswilliger Scherz.

Die (amtliche) Telegraphenagentur des Rates und veröffentlich folgende Erklärung:

Einige ausländische Agenturen und Zeitungen haben die Meldung verbreitet, der Papst habe angeblich ein Todesurteil der Räteregierung gegen den Papst erhalten, daß anderer Meldungen aufgefolgt, angeblich von Stalin unterzeichnet sein soll. Die Meldung entbehrt jeglicher Grundlage und beruht lediglich auf einem böswilligen Scherz.

Bromberg, Sonnabend den 21. Januar 1928.

Pommerellen.

Die Beerdigung des Abg. Daczko

findet am Sonntag, 22. Januar, nachmittags 2½ Uhr, von der evangelischen Kirche in Tuchel (Tuchola) aus statt.

20. Januar.

Graudenz (Grudziadz).

Die Einsichtnahme in die Wählerliste im Rathause ist von etwa 5800 Personen vollzogen worden. Die Zahl der gegen die Richtigkeit der Liste eingereichten Reklamationen beträgt etwa 500. Für die Herstellung der Listen waren vom Magistrat gegen 500 Personen angemommen worden. *

Kontrolle der Arbeitslosen-Besicherung. In Graudenz weilt zurzeit ein Kontrollbeamter des Arbeitslosenfonds aus Thorn, der bei den einzelnen Industrie- und Handelsfirmen eine Prüfung der Beitragszahlung vornimmt. Beiträge müssen, wie hier hervorgehoben sei, für alle über 18 Jahre alten, in Unternehmen, die mehr als fünf Personen beschäftigen, tätigen Arbeiter und Angestellten entrichtet werden. *

Konzessionszurückziehung. Im Hotel "Królewski Dwór" (Königlicher Hof) erschien am Mittwoch eine Kontrollkommission der Finanzbehörde und versteigte, da dem Inhaber des Hotels, Herrn Matutt, als Ausländer die Konzession nicht mehr verlängert worden ist, seine Porträts an Getränken. Hotelbesitzer Matutt hat diese sofort anderweitig verkauft, da sonst die Finanzbehörde den Verkauf in ihre Hände genommen hätte. Seitdem ruht also im "Königlichen Hof" jeglicher Alkoholausschank. — Der "Königliche Hof" ist nicht nur das erste Hotel unserer Stadt, sondern auch eine der größten, bestbewirtschafteten und komfortabelsten Gaststätten Westpolens überhaupt. Der Inhaber, Hotelbesitzer Matutt, erfreute sich in Fachkreisen als tüchtiger Wirt und Hotelzachmann hohen Ansehens. In den letzten Jahren hat er zur Verbesserung und Vergrößerung seines Betriebes ganz erhebliche Summen geopfert und überhaupt sich seinem Unternehmen mit großer Sorgfalt und Liebe gewidmet. Die Nachricht, daß seine geschäftliche Tätigkeit nunmehr wohl ganz unterbunden worden ist, wird gewiß, nicht nur bei seinen Landsleuten, Bedauern hervorrufen. *

Die Revision im Prozeß Lewandowski. Der Massenmörder Lewandowski, der nun schon seit etwa zwei Jahren seines endgültigen Schicksals harrt, hat, wie seinerzeit mitgeteilt wurde, durch seinen Verteidiger beim Appellationsgericht in Warschau Revision beantragen lassen. Dies wird am 19. Februar d. J. zur Verhandlung kommen. Nach Lage der Sache dürfte der Gerichtshof auf Verwerfung der Revision erkennen. *

Eine schwere Bluttat ereignete sich am Mittwoch abend gegen 7 Uhr in der Unterthornerstraße. Dort kam es zwischen einigen jungen Leuten, die sich damit vergnügten, daß sie sich mit Schneebällen bewarfen, zum Streit. Im Verlauf dessen griff einer, der 22jährige Arbeiter Włodzimierz Froncik, wohnhaft Culmerstraße 1, zum Messer und versetzte dem 19jährigen Robert Meliński, Sohn des Kesselschmiedemeisters M. aus der Blumenstraße, mehrere heftige Stiche in den Unterleib. Der Gestochene stürzte zur Erde und verlor die Besinnung. Mittels herbeigerufenen Autos wurde der Schwerverletzte nach dem städtischen Krankenhaus gefahren, er verschied aber bereits auf dem Wege dorthin. Der Täter ist in Haft genommen worden. *

Gerichtliches. Vor der 1. Strafkammer des Bezirksgerichts hatte sich der 24jährige, aus dem Kreise Tarnobrzeg stammende Bolesław Sosyła wegen verschiedener Einbruchsbetrügerei zu verantworten. In der Nacht zum 9. April v. J. brach S. in den Viehhall des Landwirts Pajor in Bratwin ein und stahl eine Kuh, in der Nacht zum 17. April v. J. entwendete er dem Landwirt Otto Bitter 10 Hühner, und in der Nacht zum 21. April demselben Landwirt eine Kuh. Im Gemeindeamt schlug der renitente Einbrecher Fensterscheiben entzündet, beschädigte die Lagerstätte und fraß von Wänden und Decke die Tünche ab. Außerdem

dem legte er sich einen falschen Namen bei. Der bereits wegen Diebstahls zweimal vorbestrafe Angeklagte wurde zu 2½ Jahren Buchthaus und 1 Woche Haft verurteilt. — Der 30jährige Bronisław Ficht und der 25jährige Ludwik Kafica, beide aus dem Kreise Schweiz, haben sich der Gehlerei dadurch schuldig gemacht, daß sie von einem unbekannten Matrosen zwei Oberbetten und zwei Kissen mit Bezügen, einen Spiegel und andere Sachen, die aus einem Diebstahl bei dem Leutnant Olsbuch herrührten, ankaufen. Ficht, der wegen Diebstahls schon zweimal bestraft ist, erhielt sechs, Kafica vier Monate Gefängnis. *

Nöhrbruch. Auf der den Trinkkanal überquerenden Börgenbrücke plante in der Nacht zum Donnerstag das dort verlegte Rohr der Wasserleitung. Die Reparatur gestaltete sich wegen der schweren zugänglichen Lage des Rohres ziemlich schwierig. Sie war in den ersten Nachmittagsstunden beendet. Wegen der Ausbaustoffarbeiten war die Wasserleitung in einigen Straßen, u. a. der Börgen- und Trinke-, sowie einem Teil der Unterthornerstraße, gesperrt. *

Aus der Polizeichronik. Festgenommen wurden zwei Personen, und zwar eine wegen Diebstahls und eine wegen Trunkenheit. *

Thorn (Toruń).

Coppernicus-Verein.

Die Monatsitzung des Vereins am 16. Januar im Deutschen Heim war dem Andenken Heinrich v. Kleists geweiht. Herr Oberstudiodirektor Dr. Schönbeck-Bromberg sprach über diesen Dichter, der, ein lange Verkannter wie Hölderlin, wie dieser die zünftige und dilettantische Literaturforschung der Nachkriegszeit mehr als jeder andere Dichter beschäftigt hat. Auch die Behandlung, die der Vortragende dem Gegenstand zuwandte, war der Lage der gegenwärtigen Literaturwissenschaft entsprechend. Begnügte sie sich doch nicht damit, den Lebensgang des Dichters nachzuzeichnen und Rang und Gehalt der bedeutendsten Schöpfungen festzulegen und aufzuzeigen, sondern es galt, die innerlichsten Wesensstypen Kleists aufzupüren, auf die entscheidenden Erschütterungen, an denen dieses Leben so reich war, hinzuweisen und seine Werke zu verstehen als Verleihung eines einmaligen und einzigartigen durch Dämonie und Schicksal bestimmten Seins. Die Zusammenhänge sollten gezeigt werden, die die Kleistschen "Belebensheiten" und Erlebnisse mit den Problemen und Visionen seiner Dichtungen in unlössbarer Einheit verbinden. Sonnentlich bei der Darstellung der "Familie Schroffenstein", der "Penthesilea" und des "Prinzen von Homburg", die aus dem Wesenskern des Dichters erleuchtet, mit Recht als die mächtigsten Repräsentanten des dreigeteilten Kleistschen Schaffens gewertet wurden, seiner "heroisch-pathetischen", der "erotischen" und der "patriotischen" Periode.

Freilich wurde solche auf die Bindung von Werk und Sein dringende Betrachtung abgeschwächt durch die Ablehnung einer persönlichen (im Gegensatz zur dichterischen) Entwicklung Kleists und die Wertung einiger bedeutender Werke („Zerbrochener Krug“, „Käthchen von Heilbronn“) als bloher Künstlerstücke. Hier hat offenbar das Buch Gundols, zu dessen Ergebnissen der Vortragende sich in wesentlichen Punkten bekannte, zu unbedingt nachgewirkt. Gelegentliche Versuche, Stimmungen und Fragen unserer Zeit dem Problemkreis des Kleistschen Werkes einzubeziehen, gelangen, ohne die Höhepunkte der Darstellung zu gefährden. Die außerordentlich lebendige, stimmlich hervorragende Vortragsweise hielt gefangen bis zum letzten Wort, was reicher Beifall bekundete.

Den Abend beschlossen eine kurze geschäftliche Sitzung und ein auffregendes Beisammensein in den Gasträumen. **

Polizeiinspektion. Seit einigen Tagen weilt der Polizeiinspektor Problemki aus Warschau in unserer Stadt, um die gesamte Polizei der Wojewodschaft einer Inspektion zu unterwerfen. **

— dt. Wegen Kirchendiebstahls hatten sich vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten der 30jährige Theodor Simon, die 34jährige Marie Krzyzanowska, seine Liebste, und wegen Gehlerei der Arbeiter Pyżkowski. S. hatte mit Hilfe seiner Liebsten zweimal hintereinander die russische Kapelle am Stadtbahnhof erbrochen und Kelche, Kruzifixe sowie

Laken und Handtücher gestohlen, diese dann verkauft und einen lustigen Tag gelebt. Der Staatsanwalt hatte sechs Jahre Buchthaus beantragt, für seine Liebste 1½ Jahre und den Gehlerei sechs Monate Gefängnis. Da alle Beschuldigten ihre Tat eingestanden, erkannte der Gerichtshof auf drei Jahre Buchthaus für Simon, vier Monate Gefängnis für den Gehlerei, und die Liebste wird noch in einem anderen Termin vernommen, wozu neue Belastungszettel geladen werden. **

Strafermäßigung. Der Bandit Nowak, welcher vor zwei Jahren mit noch einem anderen Banditen die Revolverschießerei in den Straßen der Stadt inszeniert hatte und im Hotel "Adler" in der Brückenstraße den Kriminalbeamten Kosinski schwer verwundete, wurde seinerzeit zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Auf seine Berufung an das Reichsgericht wurde ihm die Strafe auf 12 Jahre ermäßigt. **

Unglaublich freche Diebe. Als ein Kohlenhändler in der Lindenstraße eine Bestellung im zweiten Stockwerk eines Hauses ausrichtete und sein Fuhrwerk einen Augenblick ohne Aufsicht ließ, wurde ihm fast die ganze übrige Ladung vom Wagen gestohlen. Zum Glück war ein Polizist unerwünschter Beobachter und nahm die Diebesbande fest. **

Vereine, Veranstaltungen ic.

Die letzte Gelegenheit zum Besuch des großen Lustspielerfolges "360 Frauen" bietet sich nunmehr nur noch Sonntag (22.), nachm. 3 Uhr, im Dt. Heim. Ermäßigte Preise! (S. Anz.) (1288 **)

Culmsee (Chełmża).

Übersall. Am Dienstag Abend überfielen zwei unbekannte Personen in der Straße des 3. Mai den Sohn des Gastwirts Arndt aus Belno, warfen ihn vom Rad und versuchten, es ihm zu entreißen. Trotzdem Arndt Invalide ist und nur ein Bein hat, setzte er sich gut zur Wehr und konnte trotz großer Dunkelheit die Räuber verschrecken. +

Diebstähle. In das Postamt Brodawki drangen Diebe mittels Nachschlüssels ein. Sie stahlen ein Paket mit wertvollem Inhalt und ließen die anderen weniger wertvollen Pakete zurück. Die Täter konnten noch nicht ergreift werden. — Auf dem Bahnhof Kornatowo stahlen unbekannte Diebe auf dem Perron ein Paket im Werte von ca 100 zł, das der Bahnbeamte auf dem Gepäckwagen unvorsichtiger Weise liegen gelassen hatte. — In Bojaczkowo stahlen unbekannte Täter in der Nacht zum Montag bei dem Besitzer Jucha zwei Schweine im Gewicht von zusammen ca. 3 Zentner. Trotz eifriger Nachsuchungen der hiesigen Polizei gelang es bisher noch nicht, die Täter zu fassen.

Dirschau (Tczew), 19. Januar. Wieder ein Zugzusammenstoß. Am Mittwoch gegen 3 Uhr nachmittags ereignete sich in Gorgental wiederum ein Zugzusammenstoß. Der fahrradähnliche Güterzug Nr. 280 traf um diese Zeit dort ein. Kurze Zeit darauf fuhr der Arbeitszug auf derselben Strecke. Da das Signal noch auf Fahrt zeigte, glaubte der Lokomotivführer die Strecke frei und fuhr mit Volldampf weiter. Als der Führer sah, daß ein Zusammenstoß mit dem stehenden Güterzug nicht mehr zu verhindern war, sprang der Lokomotivführer von der Maschine. Hierbei erlitt er derartig schwere Verletzungen, daß er sich nicht mehr erheben konnte. Der Bremer im letzten Waggon des Güterzuges bemerkte im letzten Moment die drohende Gefahr und sprang ebenfalls ab, ohne sich irgendwie zu verlegen. Am nächsten Augenblick war der genannte Waggon auch schon ganz zertrümmert, mitsamt der Bremerbude. Von dem Arbeitszug wurden die Lokomotive und zwei Wagen beschädigt. Der Weichensteller Jasiński leistete dem verletzten Lokomotivführer Firlef die erste Hilfe. Dann brachte man den Verletzten mittels einer Lokomotive nach Dirschau ins Krankenhaus.

Gorzano (Kr. Strasburg), 19. Januar. Gerichtstage in diesem Jahre finden hier statt am: 14. und 15. Februar, 13. und 14. März, 17. und 18. April, 15. und 16. Mai, 19. und 20. Juni, 10. und 11. Juli, 11. und 12. September, 16. und 17. Oktober, 13. und 14. November und 18. und 19. Dezember im Hotel "Warma". **

Graudenz.

Statt besonderer Anzeige.

Heute früh 6 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine liebe, unvergängliche Frau, unsere herzensgute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante

Frau Pauline Schulz

geb. Schwartz

im 80. Lebensjahr.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Carl Schulz.

Graudenz, Sobieskiego 1, II, den 19. Januar 1928.

Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Januar 1928, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des evgl. Friedhofes im Stadtwald aus statt.

Wenn bis nachmittags 4 Uhr

die Anzeigen-Aufträge für die Deutsche Rundschau bei der Hauptvertretungsstelle

Arnold Kriedte, Mielkiewicza 3

aufgegeben werden, können die Anzeigen

bereits in der am nächsten Tage nachmittags

5 Uhr zur Ausgabe gelangenden Nummer erscheinen.

Die Deutsche Rundschau ist die verbreitetste

deutsche Zeitung in Polen. Anzeigen und

Reklamen jeder Art finden daher die größte

Verbreitung und verbürgen guten Erfolg.

Deutsche Rundschau in Polen.

Spezialist für

Bubenpflege

Ondulieren

Massage

Aufwärme

16242

Im Herrensalon:

Elektro-Haarschneiden.

A. Orlikowski,

Mielkiewicza 3.

am Fischmarkt.

Deutsche Bühne Grudziadz G. B.

Sonntag, den 22. Januar 1928

nachmittags 3 Uhr im Gemeindehaus

Fremden- und Volks-Bühne

zu ermäßigten Preisen!

Auf vielfachen Wunsch zum unwiderruflich

leichten Male!

„Hurra - ein Junge!“

Schwant in 3 Akten von Franz Arnold

und Ernst Bach.

1015

Eintrittskarten im Geschäftszimmer,

Mielkiewicza Nr. 15. Telefon Nr. 35.

Auslunstei

u.

Detektivbüro

"Jismada"

Toruń, Sufiennica 2, II

erledigt sämtliche

Ungelegenheiten, auch

familiäre, gewissenhaft

und discret. 1631

Pavil. B. Götz

Warchau wird an den

erwähnten Abenden u.

Sonntag vorm. 10 Uhr,

nachm. 3 Uhr, mit dem

Worte Gottes dienen.

910

Empfehlte erstklassige

Wirtin, Stubenmädchen,

Kinderträumein

und Mädchen s. alles.

Aniela Kobusinska,

Toruń. 1334

Król, Jadwiga 9,

Biuro pośrednicwa

pracy.

910

2 hochtra-

gende Rühe

verl. Keldt, Węzawa.

1335

Justus Wallis,

h Neumark gewemiaost. 1c Januar. Die Baus. Bei dem Besitzer Adam Baranowski in Grotzding ist ein Dienststahl verloren worden. Gestohlen wurde eine Art, eine Herrenuhr, eine Mandoline und Spindelschlüssel. Als Täter kommt der Dienstboten, der flüchtig geworden ist, in Betracht. — Holzverkauf. Die staatliche Oberförsterei Mscin veranstaltet am Donnerstag, 26. d. M., im Gasthause zu Tomaszewo eine Holzversteigerung. Zum Verkauf kommt Brennholz aus den Schubbecken Ostrówki, Tegowice und Bachotek. Das Holz ist für lokale Bedürfnisse bestimmt und wird gegen sofortige Bezahlung abgegeben.

p Neustadt (Wejherowo), 18. Januar. Auf der gestern abend von 6—9 Uhr stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurde das Stadtbudget für 1928/29 einstimmig nach dem vom Magistrat und der Finanzkommission vorgelegten Projekt mit 949 612,22 Zloty angenommen. Eine allgemeine Berichterstattung über die Stadtverwaltung, sowie ein besonderer Bericht über städtische Anlagen folgen in den nächsten Tagen.

ch Newhof (Nowodwórz), Kr. Konitz, 19. Januar. Rauhfall. Am 16. d. M. drangen zwischen 2 und 3 Uhr nachts zwei maskierte und bewaffnete Banditen in die Wohnung des Kolonisten Kepistek. Die Banditen forderten mit vorgehaltener Revolver von K. die Herausgabe von Geld. Hierauf wurde K. nebst Frau und Tochter von den Banditen gefesselt, worauf die Banditen die Wohnung nach Geld und Wertgegenständen durchsuchten. Den Räubern fielen eine goldene Uhr, ein Ring mit einem Brillanten, eine goldene Brille sowie ein Goldbetrag von 20 Zloty in die Hände. Der Schaden beträgt ungefähr 1800 Zloty. Nach verübter Tat forderten die Banditen von dem Überfallen unter Eide, die Polizei von dem Überfall nicht in Kenntnis zu setzen. Falls sie es dennoch täten, würden sie nach drei Tagen wieder erscheinen und die ganze Familie ermorden und die Besitzung in Brand setzen. Die maskierten Diebe entkamen unerkannt. Die Untersuchung des verübten Raubüberfalls wird von der Polizei zwecks Festnahme der Diebe eifrig verfolgt.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einhabers versehen sein: anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementauskunft beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk "Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Nr. 500. Sie gehen mit dem Grundstückseigentümer gemeinschaftlich ins Grundbuchamt und veranlassen die Eintragung. Sie richten sich aber beide durch jemanden, der im Grundbuchamt bekannt ist, oder sonstwie legitimieren. Die Kosten dieses Verfahrens können wir Ihnen nicht angeben.

O. Gr. 1. Der Beitrag wird auf 10 Prozent aufgewertet = 20,83. Der Dollar kommt hier nicht in Frage, und Verjährung tritt erst in 30 Jahren ein. 2. Die Aufwertung von Darlehenshypotheken in dem ehemals preußischen Teilgebiet in Polen beträgt 15 Prozent. Der ursprüngliche Wert der Hypothek wird nach der Tabelle des § 2 des polnischen Aufwertungsgesetzes festgestellt. Ob es sich um polnische oder deutsche Staatsangehörigkeit handelt, ist gleich. In Deutschland werden solche Hypotheken mit 25 Prozent aufgewertet, ob der Gläubiger deutscher Reichsangehöriger oder polnischer Staatsangehöriger ist. Ob jemals in Polen eine höhere Aufwertung erfolgt, weiß heute kein Mensch, selbst der Finanzminister nicht.

"Heinrich." Auskunft wird nur erteilt an Anfrager, die sich als Abonnenten ausweisen können.

Annumi 20. 1. Wir halten es für unwahrscheinlich, daß das Gericht Ihrem Gläubiger eine Aufwertung über 80 Prozent hinaus zuerkennen wird. 2. Uns ist eine derartige Anstalt nicht bekannt.

E. P. 110. An Kapital haben Sie zu zahlen für die 2000 Mark 370,35 Bl. und für die 600 Mark 111 Bl. Dazu die Zinsen zu 8 Prozent von diesen Beiträgen. Die Beträge selbst können wir Ihnen nicht angeben, da wir nicht wissen, seit wie lange Sie mit den Zinsen im Rückstande sind.

Fr. R. in Jantowitz. Unseres Wissens gelten die Ferienscheine nur für die Ferienläge. Wenn Sie selbst bei Ankunft der Kinder zugesehen waren, dann hätten Sie doch ermitteln können, warum die Kinder zurückgewiesen wurden.

Fr. 500. Brüderlichkeit? Zum Verständnis des Falles müßten wir wissen, in welcher Weise Sie im Jahre 1911 in die Wirtschaft eingetragen worden sind. Wir nehmen an: als Mitgegenstatter zu gleichen Teilen. Der Nachlass Ihres Mannes nach seinem Tode wäre dann gewesen die Hälfte der Wirtschaft. Beteiligt an dem Nachlass Ihres Mannes sind Sie mit der Hälfte, und Ihr Schwager und Ihre Nichte zusammen mit der anderen Hälfte, so daß Ihnen drei Viertel der Wirtschaft gehören und ein Viertel den beiden anderen Erben. Nach diesen Verhältnissen verteilen sich auch die eingetragenen Schulden, so zwar, daß Sie für 8250 Mark und die beiden Miterben für den Rest der 11 000 Mark, d. h. für 2750 Mark, haftbar sind. Die 2750 Mark kommen also von Ihren Verpflichtungen in Abzug. Sie haben also nur 8250 Mark aufzuwerten. Da mehr als zwei Drittel des Schuldetragers Restaufgeld ist und bei Restaufgeld die Veränderungen im Wert des belasteten Grundstücks bei der Aufwertung zu berücksichtigen sind, kann mit einer Aufwertung von etwa 60 Prozent = 6111 Bl. gerechnet werden. (Die Wirtschaft ist nicht in 2. Hand.) Über die Verteilung der Kosten im gerichtlichen Verfahren ist im Aufwertungsgesetz nichts bestimmt, sie werden wohl, wie in Deutschland, dem Antragsteller zur Last fallen. Wenn der Gläubiger die Zinsen vorbehaltlos angenommen hat, hat er keinen Anspruch auf Nachzahlung. Über die Erbauseinandersetzung müssen Sie mit den Miterben zu einem Übereinkommen zu kommen suchen. Das die Erben auf ihr Erbe bis nach Ihrem Tode warten, ist natürlich ausgeschlossen.

E. J. 100. 1. Für die 19 000 Mark sind an Kapital 816,65 Bl. und an Zinsen 63,32 Bl. zu zahlen. 2. Für die 8000 Mark sind zu zahlen an Kapital 600 Bl. und an Zinsen für 8%, Jahre 202,50 Zloty.

J. L. 1010. Die Aufwertung beträgt 15 Prozent = 1481,47 Bl. Dazu die Zinsen von der umgerechneten Summe zu dem alten Ansatz. Teilen Sie den Erben mit, daß das Geld zu ihrer Verfügung steht, und daß Sie vom Fälligkeitstage ab keine Zinsen zahlen werden.

J. G. 11. 1. Einen Bretterzaun auf Ihrem eigenen Grundstück können Sie ohne weiteres verändern, das ist kein angelegtes Bau. 2. Bei dem Kirschbaum handelt es sich, wenn er in der Blütezeit nicht Frost bekommen hat, möglicherweise um eine Sorte, die das biege Alte oder den hohen Boden nicht verträgt. 3. Das ist ein Rechtsstreit gegen die Hausratordnung, der einen wichtigen Grund zur Auflösung des Vertrages bilden kann. 4. Wenn in den Mietverträgen nichts anderes bestimmt ist, richtet sich die Kündigung nach der Mietzahlung. Ist der Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluss eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am 15. des Monats zu erfolgen. Maßgebend für Mieter und Vermieter ist zurzeit das Mietzugsrecht vom 11. April 1924 und das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch (B. G.-B.). Das erste Gesetz in deutscher Übersetzung (Verlag A. Dittmann) ist leider vergriffen. Benden Sie sich an die Geschäftssiedlung der deutschen Sejmabgeordneten, Bonn, Wahlkreis 2. Vielleicht erhalten Sie das Gesetz dort. Und das B. G.-B. ist überall im Buchhandel zu haben.

M. B. L. 19. Die 6000 Mark hatten einen Wert von 5217 Bl. Aufwertung 15 Prozent = 782,55 Bl. Dazu alle rückständigen Zinsen zu 8 Prozent von der umgerechneten Summe, annehmend also für 7 Jahre (von 1. 1. 1921 bis 31. 12. 27) = 328,65 Bl. Wenn es sich nicht um ein Grundstück handelt, dessen Hauptentnahmen aus der Miete herrühren, dann ist das Kapital fällig nach ordnungsmäßiger Kündigung.

Edal S. Wir wissen nicht, was Sie unter "unge trennter Gütergemeinschaft" verstehen. Gütergemeinschaft kann nur durch einen Ehevertrag statuiert werden. Wenn durch Ehevertrag Gütergemeinschaft eingetragen ist, so ist das Vermögen Ihrer Schwiegermutter und Ihres Stiefvaters gemeinschaftliches Vermögen (Gesamtvermögen) beider Ehegatten geworden. Der Mann ist Verwalter des Gesamtvermögens, er ist berechtigt, über das Gesamtvermögen zu verfügen, bedarf aber in verschiedenen Fällen der Einwilligung der Frau, damit er sich nicht auf den Anspruch Ihres Ehemalers auf das Vermögen Ihrer Schwiegermutter bezieht. Wenn Ihre Schwiegermutter ein Testament hinterlässt, dann wird darin ja die Erbschaft bestimmt. Werden die Kinder von der Erbschaft ausgeschlossen, so haben sie Anspruch auf den Brüderlichkeit (die Hälfte des gesetzlichen Erbes). Hinterlässt Ihre Schwiegermutter kein Testament, so sind Erben ihres Nachlasses zu drei Vierteln ihre Kinder, und zu einem Viertel ihr Ehemann.

Ausweise betreffend. Benden Sie sich doch in der Sache direkt an die nordamerikanische Gesandtschaft in Warschau um Auskunft unter Darlegung der Zwecke Ihrer Besuchsreise und der sozialen Stellung Ihres Onkels in Detroit. Dort werden Sie die zuverlässige Auskunft erhalten.

D. W. G. 1. Die Aufwertung der 5000 Mark ist etwa 25 Prozent = 125 Bl. 2. Die Hypothek von 15 000 Mark in Deutschland wird auf 25 Prozent aufgewertet = 325,60 Reichsmark.

Über Polens Zuckerrohranbau

In den Jahren 1927, 1928, 1929 im Vergleich zum Durchschnitt des Jahrzehnts 1921—5, und des Jahrzehnts 1909—13 entnehmen wir der amtlichen Warschauer Statistik folgende Daten:

	Anbaufläche in Hektar	Ernte in Tsd.	Ertr. je Hektar in Tsd.
1927	202 000	48 793 000	217
1926	185 000	37 249 000	201
1925	172 000	36 872 000	214
1921/25 (Durchschnitt)	182 000	26 546 000	201
1909/13 (Durchschnitt)	168 000	41 123 000	245

Danach ist bei einem Vergleich des letzten Berichtsjahres mit der Vorjahreszeit die Anbaufläche (wohl die inzwischen eingetretene territorialen Veränderungen bereits berücksichtigt sind) um rund 20 Prozent gestiegen, die Ernte allerdings nur um 6,4 Prozent, was im Rückgang des Durchschnittsertrages je Hektar begründet liegt, deßen Vorjahrsgröße seither nicht erreicht worden ist. Das Jahrzehnt 1921/25 erhält übrigens ein anderes Gesicht, wenn man die absoluten Zahlen der Jahre 1924 und 1925 für sich allein betrachtet. 1924 waren 168 000 Hektar mit Zuckerrohr bebaut, die eine Ernte von 32 108 000 Doppelzentner ergaben, 1925 172 000 Hektar, von denen 36 872 000 Tsd. geerntet wurden. Demnach fallen die weit verringerten Durchschnittszahlen für das genannte Jahrzehnt zu Lasten der Jahre 1921/25.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Annteile der verschiedenen Boje wodischäften in den Jahren 1927 und 1926 (die letzteren Daten stehen in Klammern):

	Anbaufläche in 1000 Hektar	Ernte in 1000 Tsd.	Ertr. je Hektar in Tsd.
Posen	79,7 (72,1)	19 819 (16 455)	249 (228)
Warschau	30,7 (34,7)	7 605 (5 788)	191 (187)
Pommereissen	20,5 (16,8)	5 268 (3 172)	257 (195)
Łódź	16,1 (15,9)	2 920 (3 018)	181 (190)
Wielkopolska	11,4 (11,2)	2 334 (2 072)	204 (184)
Woiwodsch. Polen	11,4 (9,4)	1 782 (1 722)	156 (188)
Kielce	8,4 (7,4)	1 587 (1 603)	190 (217)
Lemberg	6,0 (7,6)	1 049 (1 186)	174 (156)
Tarnopol	5,0 (5,0)	783 (1 145)	155 (228)
Stanislaw	2,1 (2,8)	357 (477)	171 (208)
Krakau	0,7 (0,8)	125 (46)	178 (158)
Schlesien	0,5 (2,5)	89 (526)	164 (210)
Bielsko	0,4 (0,2)	69 (29)	183 (138)
Polen	0,1 (0,1)	6 (10)	147 (169)

Das ehemalige deutsche Posen steht hiernach zwar hinsichtlich der Anbaufläche und des Ertrags erneut an erster Stelle, wird aber, was den Hektarertrag anlangt, im Jahre 1927 von Pommereissen übertraten, während es 1926 mit Tarnopol die Spitze teilte. Hinter Posen folgen im Hektarertrag 1927 Łódź, Warschau und Kielce, 1926 Kielce, Schlesien und Stanislaw. Die Woiwodsch. Schlesien hat im Vergleich von 1927 mit 1926 eine Rückwärtsentwicklung genommen. Nicht nur die Anbaufläche ist auf den 5. Platz zurückgegangen, sondern auch das Hektarergebnis hat sich um 6 Tsd. verschlechtert, so daß die Ernte nur um den 6. Teil des Vorjahrsresultats erreicht hat. Dagegen hat der Anbau in Pommereissen im gleichen Zeitraum sehr bedeutende Fortschritte gemacht. Die Anbaufläche hat sich dort nahezu vervierfacht, die Ernte infolge des stark gemachten Hektarertrages mehr als verdoppelt. Auffallend ist die erhebliche Verminde rung des Hektarertrags in der Woiwodsch. Tarnopol um 78 Tsd., wogegen beispielweise der Ertrag in der Woiwodsch. Bielsko um 50 Tsd. je Hektar stieg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Handelsbilanz im Dezember.

Wie bereits gestern berichtet, ist die polnische Handelsbilanz für Dezember mit 60 463 000 Bl. oder 35 180 000 Goldfrank p. a. v. Die Einfuhr und Ausfuhr ergibt im einzelnen folgendes Bild:

In der Einfuhr weisen die größte Steigerung Rohstoffe, sowie Erzeugnisse der Metall- und Maschinenindustrie auf. Eine Steigerung hat ferner die Einfuhr von Zinnsorten (um 770 000 Goldfrank), von Eisenwaren (um 380 000 Goldfrank), sowie die Einfuhr von Maschinen und Apparaten (um 3 000 000 Goldfrank), elektrotechnischer Geräte, Leitungen und sonstige Materialien (um 950 000 Goldfrank), und schließlich die Einfuhr von Verkehrsmittelen (um 1 220 000 Goldfrank) erfahren. In der Einfuhr trat ein Rückgang bei Fellen und gegerbten Pelzen (um 2 242 000 Goldfrank), sowie Textilrohstoffen und Wolle (um 2 280 000 Goldfrank) ein. Dagegen ist die Einfuhr von Baumwolle gestiegen (um 452 000 Goldfrank). Von den sonstigen Artikeln ist in der Einfuhr zu erwähnen eine Steigerung von Kunststoffen, namentlich Pottasche (um 518 000 Goldfrank).

In der Ausfuhr ist ein Rückgang in Lebensmitteln (um 8 585 000 Goldfrank), sowie Tieren (um 1 704 000 Goldfrank) zu verzeichnen. Außerdem ist ein Rückgang in der Metall- und Metallzeugnisausfuhr (um 1 785 000 Goldfrank), insbesondere in der Zinnausfuhr (1 615 000 Goldfrank) eingetreten. Eine Steigerung ist überdies festzustellen in der Ausfuhr von tierischen Produkten (um 916 000 Goldfrank), namentlich bei Fellen und Rohpelzen, Holzmaterial und -Erzeugnissen (um 1 506 000 Goldfrank), sowie Textilmaterial und -Erzeugnissen (um 888 000 Goldfrank). Von anderen Artikeln ist eine Steigerung von Baumaterialien (um 369 000 Goldfrank) zu erwähnen, darüber auch Zement. Die übrigen Warengruppen zeigten keinerlei größere Änderungen.

Zuckerfabrik-Bilanz. Die Bilanz der Zuckerfabrik Opalenica für das Geschäftsjahr 1926/27 sollte auf beiden Seiten mit einer Summe von 12 114 525,81 Bl. enden, und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einer Summe von 21 290 277,98 Bl. übertrag von 1925/26 7261,88. Reingewinn für 1926/27: 569 881,24 Bl. — Die Bilanz der Zuckerfabrik Rafel für 1926/27 schließt auf beiden Seiten mit einer Summe von 7 208 725,56, die Gewinn- und Verlustrechnung mit 8 891 852,43 Bl. übertrag von 1925/26: 565,81, Reingewinn für 1926/27: 25 521,60 Bl.

Zuckerproduktion Europas 1927 beläuft sich, wie eine Rundfrage der Internationalen Vereinigung für Zuckerraffinerie ergibt, auf 4,88 Millionen Tonnen Rohzucker, gegen 4,51 Millionen in der vorhergehenden Kampagne. Die Vermehrung beträgt somit 8,22 Prozent. Die Zahlen sind jedoch noch nicht endgültig, da noch die Ergebnisse für Russland und Frankreich ausstehen. In Deutschland beträgt die Zuckerraffinerie 1,66 Millionen Tonnen Rohzucker, in der Tschechoslowakei 1,24 Millionen. Die Zuckerproduktion Russlands und Frankreichs liegt ebenfalls bedeutend über der Polens. Die polnische Produktion wird in der Aufstellung mit 560 000 Td. angegeben, wobei von 72 Zuckerfabriken 3,53 Millionen Tonnen Rohzucker verarbeitet wurden.

Diskontermäßigung in Frankreich. Der Diskont der Bank von Frankreich ist um $\frac{1}{2}$ Prozent auf $\frac{3}{4}$ Prozent herabgesetzt worden. Auch der Lombardzinsfuß wurde von 6 Prozent auf $\frac{5}{4}$ Prozent herabgesetzt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfüzung im "Monitor Politi" für den 20. Januar auf 5,9244 Blotz festgestellt.

Der Zlot am 19. Januar. Danzig: Überweitung 57,45 bis 57,59, bar 57,48—57,62. Berlin: Überweitung Warschau 46,96—47,16. Ratisdorf 46,975—47,17. Polen 46,

An unsere Postbezieher!

Wir bitten dringend

Schon jetzt

die Deutsche Rundschau für Februar-März oder für den Monat Februar bei Ihrem Postamt oder Briefträger zu bestellen. Besonders Neubesteller sollten ihre Bestellung umgehend bei ihrem Postamte aufgeben, wenn sie vom 1. Februar an pünktliche Lieferung haben wollen.

Postbezugspreis: für Februar-März 10,72 zt., für den Monat Februar 5,36 zt.
einschließlich Postgebühr.

Der Reparationsagent in Paris.

Was bringt Parker Gilbert nach Deutschland?

Parker Gilbert hat mit Aristide Briand in Paris gefröhlicht und mit Raymond Poincaré eine Nachmittagszigare geraucht. (Übrigens raucht Poincaré gar nicht, auch bei diplomatisch anstehenden Gelegenheiten nicht!) Solche Handlungen, die gewissmaßen an den allgemein menschlichen gehören, gewinnen bei hochgestellten Persönlichkeiten tiefe Bedeutung. Denn es wird augenommen, — und nicht ohne Scharfsinn —, daß die hohen Herrschaften sich dabei unter anderem auch über Fragen unterhalten, die in das Gebiet ihrer Berufe fallen. Freilich pflegen manche Zeitungsberichterstatter von diesen Unterhaltungen mehr zu wissen, als die sich Unterhaltenden selbst, aber das Wenige, was in solchen Gesprächen tatsächlich berührt wird, ist bedeutsam und wichtig genug, um von der übrigen Welt nicht unvermerkt zu bleiben. So auch diesmal bei dem Besuch Parker Gilberis in Paris, auf dem Wege von Washington nach Berlin.

Es wird nicht ohne Grund angenommen, daß die Versprechungen, die Parker Gilbert mit den leitenden Männern Frankreichs geführt hat, im gewissen Sinne nur Nachläufe seiner Konferenzen mit der Finanzwelt New Yorks und der politischen Welt Washingtons waren. Das Parker Gilbert, der kurz vor Weihnachten in seinem letzten Jahresbericht die Frage über die Feststellung der Endsummen der deutschen Reparationsaufsätze in Amerika einen reichen Unterhaltungstoff besaß, steht außer Frage. Man weiß auch, daß Amerika an der Festsetzung der Endsumme und damit an der endgültigen Regelung der Reparationsfrage in für Deutschland annehmbaren Grenzen, stark interessiert ist. Schon deshalb, weil es große Summen in Deutschland investiert hat und es daher nur begrüßt würde, wenn die Reparationszahlungen, denen nach dem Dawesabkommen die Priorität vor anderen deutschen Schuldenzahlungen aufkommt, die amerikanisch-deutschen Geldbeziehungen nicht allzuviel in den Hintergrund drängen, oder sie gar noch gefährden würden. Nicht minder bekannt ist die Stellungnahme Frankreichs zu der These Parker Gilberis: Frankreich verbindet das Problem der deutschen Reparationszahlungen mit dem Problem der interalliierten Schulden. Denn fügt das ganze Geld, das Frankreich alljährlich von Deutschland erhält, mir es an England und Amerika abführen. Die Verpflichtungen Frankreichs gegen seine ehemaligen Kriegsverbündeten sind nicht unerheblich. Die Schuldenregelungen, die Frankreich mit England (das Abkommen Churchill-Caillaux) bzw. mit Washington (das Abkommen Mellone-Bérenger) vereinbart hat, sind bis jetzt noch von dem französischen Parlament nicht ratifiziert worden, weil die Mehrzahl der Abgeordneten dagegen ist, und zwar nicht aus bösem Willen, sondern aus der Überzeugung heraus, daß die getroffenen Abmachungen das französische Volk unerträglich überlasten würden. Und nun steht, wo Parker Gilbert die Festsetzung der deutschen Reparationsschulden befürwortet hat, hat Frankreich es abgelehnt, den Vorschlag Parker Gilberis zu diskutieren, wenn die Frage der interalliierten Schulden dabei unberücksichtigt bleiben sollte.

Als vor kurzem die sensationelle Meldung aus Amerika eintraf, Washington sei bereit, der französischen These nachzugeben und die Frage der interalliierten Kriegsschulden gleichzeitig mit der deutschen Reparationschuldenfrage aufzurollen, erfolgte schon am Tage darauf ein recht scharfes und enttäuschendes Dementi von jenseits des Ozeans. Um so überraschender ist, daß Parker Gilbert jetzt bei seinem Pariser Besuch — wohl Amerika im Rücken! — doch die Eventualität einer allgemeinen Kriegsschuldenregelung neben der Notwendigkeit der endgültigen Festsetzung der deutschen Gesamtshulden beprochen haben soll! Hiermit wäre der Beweis erbracht, daß die französische These in Amerika doch gesiegt hat. — Denn es besteht kein Zweifel darüber, daß Poincaré einer Neuauflistung des Reparations- und des Schuldenproblems keinen Widerstand leisten wird. Poincaré wird das schon aus dem Grunde nicht tun können, weil in diesem Falle Frankreich erneut — wie während des Kriegskampfes — in eine völlige Isolation geraten würde.

Ist Deutschland nun zu irgend einem Optimismus berechtigt? Das wissen wir noch nicht. Denn so erwünscht die Festsetzung der Endsumme deutscher Zahlungen bleibt: die Festsetzung wäre nur dann zu begrüßen, wenn die Endsumme die Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht überschreitet. Vor allen Dingen aber wissen wir nicht, ob Amerika in der Tat gewillt ist, die interalliierten Kriegsschulden zu regeln und nur davon scheint die Regelung der

deutschen Reparationssumme abzuhängen. Die Lösung aller Schwierigkeiten liegt nach wie vor bei Amerika, darüber müssen wir uns völlig klar sein. Hat nun Parker Gilbert bei seinem Weihnachtsaufenthalt in den Vereinigten Staaten die einflussreichsten Kreise Amerikas umzustimmen vermocht? Diese Frage bildet den Kernpunkt des ganzen Problems. Solange wir hierauf keine endgültige Antwort bestehen, müssen wir allen Gerüchten, so angenehm sie auch sein mögen, mit strengster Zurückhaltung begegnen!

Was leistet Frankreich in Syrien?

Von Joseph Barthélémy,
Vizepräsident des Kammerausschusses für äußere Angelegenheiten.

Vorbemerkung der Schriftleitung: Die nachfolgende Kritik des französischen Abgeordneten Barthélémy im „Journal du Caire“ kennzeichnet leider nur teilweise die geradezu unheilvolle Haltung Frankreichs in dem ihm wehrlos preisgegebenen Syrien; trotz der begreiflichen Nachsicht des Verfassers enthüllt der Artikel manche Schattenseiten, die allgemeine Beachtung verdienen.

Was Syrien in erster Linie benötigt, ist die Befreiung vom lastenden Gefühl der Ungewissheit, unter dem es lebt und das ihm jede großzügige und in die Zukunft blickende Unternehmung verbietet. Zunächst einmal hat das Land ein zweckloses Recht auf die Beschränktheit seiner Grenzen. Das Gebiet mit seinen drei Millionen Einwohnern wurde in vier Staaten zerrissen: den Libanon, den Dschebel Haouran, den Alawitenstaat und das innere Syrien. Wäre es nicht entschieden besser, diese vier Kleinstaaten zu einem Ganzen zu vereinigen, wie es die Nationalisten und die Mohammedaner fordern? Jeder fruchtbringenden Unternehmung müßte die Lösung dieses Problems vorausgehen. Frankreich sollte diese entweder selbst finden oder doch wenigstens erleichtern. Es könnte zum Beispiel einen Volksentscheid veranlassen.

Doch dies ist wohl zu viel verlangt! In Frankreich hat der Mann aus dem Volke die bedauerliche Ansicht, daß Syrien eine französische Kolonie sei. Dies stimmt nun nicht. Syrien stellt vielmehr ein Gebiet dar, dessen Verwaltungsform im Mandatssystem festgelegt ist. Bei Übernahme des Mandats hat sich Frankreich verpflichtet, Syrien die Schaffung einer verfassungsmäßigen Verwaltung mit politischer Freiheit zu erleichtern. Des Weiteren hat Frankreich dem Wörterbund versprochen, im September 1926 ein politisches Programm für Syrien vorzulegen. Wir schreiben jetzt 1928, und noch ist in dieser Angelegenheit nichts gegeben.

Nicht einmal das Syrier selbst wissen, welchem Recht sie unterstehen; vorläufig gelten noch immer die alten türkischen Gesetze. Diese sind aber derartig veraltet und inhuman, daß die neue Türkei sie außer Kraft gesetzt hat, um sich nach dem Schweizer Bürgerlichen Gesetzbuch einen neuen Kodex zu schaffen. Wenn Frankreich zögert, den alten „Code Napoléon“ in Syrien einzuführen, wenn den Franzosen ihre Eigenlebe verbietet, das zeitgemäße Gesetzbuch eines anderen Staates anzunehmen, und wenn die Zeit für die Schaffung eines neuen „Code“ fehlt, so sollte doch wenigstens das ägyptische Recht, eine den orientalischen Verhältnissen angepaßte Form des französischen Gesetzbuches, übernommen werden.

Die Unsicherheit auf politischem und rechtlichem Gebiete hat einen wirtschaftlichen Stillstand zur Folge. Die Syrier wissen nicht, was ihnen der nächste Tag bringen wird, unternehmen also nichts. Die französische Verwaltung hat, um den Haushaltssatz ins Gleichgewicht zu bringen, einen Einfuhrzoll von 25 Prozent „ad valorem“ eingeführt. Das heißt, daß jede Ware, auch die französischen Ursprungs, welche in Beyrouth gelöscht wird, von vornherein um ein Viertel teurer wird. Deshalb findet sie auch keinen Käufer mehr, und das Ergebnis ist, daß der große Hafen unter dem französischen Mandat Langsam verödet, während das unter englischer Verwaltung stehende Haifa sich stetig entwickelt und vergrößert.

Syrien hat fruchtbare Landstriche, doch bleiben sie in Erwartung von Kapital unbewohnt. Man fragt sich, warum denn Frankreich zögert, eine Landeskreditanstalt zu gründen. Das Land bedarf der Bewässerung; doch die Flüsse werden nicht reguliert, und das kostbare Wasser fließt unausgenützt ins Meer. Die Behauptung, daß es an Arbeitskräften fehlt, entspricht nicht der Wahrheit, denn jährlich suchen an die zwanzigtausend Syrier, welche die Arbeitslosigkeit aus der Heimat tragen, anderwärts ihr Brot.

Man sprach viel von einer Bahnverbindung Kairo-Paris, mit der also der Reisende in Paris den Schnellzug besteigen könnte, um ihn erst in Kairo zu verlassen. Die Bahnverbindung ist schon längst der Wunsch vieler Ägypter. Was hindert nun seine Verwirklichung? Das Zehn Kilometer lange zwischen Kairo-Nakura und Tarabulus. Diese bedauerliche Tatsache ist nicht dazugehört, das Ansehen Frankreichs im Orient zu erhöhen. General Weygand hat schon die Dringlichkeit des Bahnbaus betont; die Tonnenel hat darauf bestehen wollen. Man behauptet, daß die Mittel fehlten, doch würde das nötige Geld sofort herbeibringen, sobald Syrien Gewißheit über seine Zukunft hätte. Wie der erste Hohe Kommissar Georges Picot vor Jahren betonte, wartet das gleich den Griechen und Juden in der ganzen Welt zerr

streute, rührige und wohlhabende syrische Volk nur darauf, seine Gelder im eigenen Vaterlande anzulegen.

Frankreich muß der Welt die Sicherheit geben, daß sein Mandat von Bestand ist; gar viele Führer der Geistlichkeit, Abgeordnete und sonstige bedeutende syrische Persönlichkeiten lernen schon jetzt Italienisch. Es bedarf daher einer feierlichen Erklärung von berufenster französischer Seite, die allen beteiligten Kreisen die unbedingte Überzeugung bringt, daß Frankreich in Syrien bleibt und überdies müßte auch in zukünftigen Posten der französischen Mandatsverwaltung Beständigkeit gewährleistet werden: der augenblickliche Kommissar ist nämlich schon der letzte. Wegen seiner Tüchtigkeit sollte er dem Lande erhalten bleiben.

„Herr“, sagte ein türkischer Bootsmann zu einem hohen Fahrgäst, „um nicht zu kentern, darf man sich nicht bewegen, nicht sprechen, nicht einmal denken!“ Diese Anekdote kennzeichnet am treffendsten, wie manche Persönlichkeiten und Kreise von führender Bedeutung in Frankreich die syrische Frage beurteilen.

Die Lage der Weltlandwirtschaft vor dem Kriege und heute.

Der zweite Band der Arbeiten des 13. Internationalen Landwirtschaftskongresses (Rom, Mai-Juni 1927) ist soeben im Druck erschienen. Er enthält vor allem die Berichte über die Lage der Weltlandwirtschaft, die der „Internationalen Konferenz der landwirtschaftlichen Vereinigungen“ vorgelegt worden sind.

Der allgemeine Bericht, ausgearbeitet vom Sekretariat der Konferenz, stellt einen ersten Bericht dar, auf statistischem Wege zu einem gegebenen Zeitpunkt für eine große Zahl von Ländern festzustellen was für Veränderungen in der Lage der Landwirte gegenüber der Vorkriegszeit und im Vergleich zur Lage der niedriglandwirtschaftlichen Bevölkerung eingetreten sind. Er gründet sich auf sieben Spezialberichte prominenter Vertreter der Landwirtschaft Europas und Amerikas, sowie auf die Ergebnisse einer Umfrage, die von über 50 Vereinigungen und Regierungen beantwortet worden war. Dieser Bericht ist im übrigen schon vor dem Kongreß in provisorischer Fassung der Unterkommission für landw. Fragen des vorbereitenden Komitees der Weltwirtschaftskonferenz (Genf, Mai 1927) aufgestellt worden, und diese hat daraus für ihre Arbeit nützliche Schlüsse gezogen.

In den meisten Ländern war die Lage der Landwirtschaft in den Jahren 1925 und 1926 wesentlich ungünstiger als in den Jahren 1913 und 1914. Der Goldindex der verfaulsten landwirtschaftlichen Produkte ist zwar von 100 auf 128 hinaufgegangen, aber derjenige der Artikel und Leistungen, die der Landwirt bezahlen muss, ist im allgemeinen viel mehr gestiegen. Der Barlohnindex steht auf 142, derjenige für Maschinen und Werkzeuge auf 153, für Landw. Bauten auf 168, für Stoffe und Schuhe auf 188. Gegenüber 1913/14 ist die Kaufkraft der landw. Produkte für die Betriebsausgaben um 10 Prozent und für die nötigen Verbrauchsgüter um 28 Prozent gesunken.

Von den Steuern und Schulden war in der Umfrage des Sekretariates abgesehen. Es geht jedoch aus den Berechnungen für die Schweiz und Deutschland hervor, daß deren rechnerische Berücksichtigung die oben genannten Zahlen nicht wesentlich beeinflußt oder sie sogar noch verschlechtert hätte.

Diese Indices stimmen im allgemeinen ziemlich genau überein mit den in einigen Ländern von den Regierungen oder nicht amtlichen Instituten festgestellten Zahlen. Sie entsprechen überdies den allgemeinen Angaben, die dem Sekretariate gemacht wurden.

In den Vereinigten Staaten von Amerika findet wohl die Methode der Indexberechnung ihre plausibelste und weitgehendste Anwendung. Die vom Landwirtschaftsdepartement der Vereinigten Staaten festgestellten Indices geben ein genaues Bild der Verhältnisse; sie betrugen im Jahre 1925 im Vergleich zu den Jahren 1910/14: für landw. Produkte 147 Prozent, für Nahrungsmittel Großhandel 156, für Nahrungsmittel Kleinhandel 160, Allgemeiner Index 162, für landw. Löhne 168, für industrielle Löhne 225 Prozent. In der Schweiz ist die Kaufkraft der landw. Produkte im Jahre 1925/26 um 11 Prozent geringer als 1913/14. Nach den Erhebungen des Schweizer Bauernsekretariates über die Rentabilität der Landwirtschaft ist der Reineraum im Jahre 1925 auf 2,33 Prozent und im Jahre 1926 auf 1,16 Prozent (provisorische Zahl) herabgesunken.

Die in den meisten Ländern festgestellte wesentliche Verschärfung in der Lage der Landwirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit muß als eine der Hauptursachen — wenn nicht als die Hauptursache — der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise aufgefaßt werden. Die Landwirtschaft beschäftigt den größten Teil aller wirtschaftlichen Tätigkeiten der Erde. Wenn ihre Erträge zurückgehen, so ist dieser ganz bedeutende Teil der Menschheit gezwungen, sich im Einfall aller möglichen Artikel einzuschränken, und diese Einschränkung beeinflußt ihrerseits wiederum Industrie und Gewerbe und hat Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit zur Folge.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Wer lebt am längsten?

Von Dr. Alfred Melzer.

Der Wille zu leben beherrscht uns alle, so lange wir atmen. Die Frage nach der Lebensdauer hat die Menschen zu allen Zeiten beschäftigt, ohne daß es jahrtausendealte Forschungen gelungen ist, über genügend empirisch bedingte Maßnahmen in nennenswerter Weise hinaus zu gelangen. Vorschläge und Versuche zur Erreichung eines hohen Alters sind massenhaft aufgetaucht, erprobt und verworfen worden, ohne eine Lösung dieses Problems erzielt zu haben.

Noch immer ist uns Menschen das sonst nach in vielen Richtungen hin erforschte Leben letzten Endes ein Rechenexample mit einer unbekannten Größe, dem Tode. Hora certa, mors incerta — „Die Stunde ist sicher, der Tod ungewiß“ bekannten schon die Alten. In unserem näheren Zeitalter erscheint es nun nicht weiter verwunderlich, daß sich in allen Kulturländern vornehmlich die Lebensversicherungsgesellschaften mit der Frage nach der menschlichen Lebensdauer eingehend befassen und auf statistischem Wege zu einigermaßen zutreffenden Ergebnissen zu gelangen versuchen. Allgemein hat sich bei derartigen, von rein geschäftlichen Erwägungen geleiteten Untersuchungen die bemerkenswerte Tatsache ergeben, daß sich die Sterblichkeitsziffer für ledige Menschen prozentual weit höher stellt als für die verheirateten. Allerdings trifft dieses nur für die jüngeren Lebensalter zu, während sich im Greisenalter die Unterschiede immer mehr verwischen. So hat man z. B. festgestellt, daß im Alter von 20 bis 25 Jahren die Sterblichkeit unter den ledigen männlichen Geschlechts doppelt so groß ist wie unter den Verheirateten, und zwar beträgt sie bei je 100 000 verheirateten Männern in dieser Altersspanne 6,26 und bei der entsprechenden Anzahl Lediger genau 12,81.

Schon im Alter von 30—35 Jahren verschiebt sich das Verhältnis ein wenig. Auf 100 000 Verheiratete entfielen laut statistischer Berechnung 8,65, auf die gleiche Anzahl Lediger 15,94 Todesfälle. Ein überraschendes Ergebnis zeigte die gleiche Untersuchung bei 55- bis 60-jährigen. Von diesen ledigen seltsamerweise dreimal so viele Junggesellen als Ehemänner, ein Umstand, der übrigens auch in physiologischer Hinsicht allerlei interessante Schritte aufzeigt. Bei den 60-jährigen dagegen betrug der Unterschied in der Lebensdauer zugunsten der Verheirateten nur noch knapp 10 Prozent.

Ahnliche Verhältnisse ergaben sich ebenfalls für die ledigen und verheirateten Frauen. Auch hier vermittelte die Statistik wissenschaftliche Aufschlüsse. Es stellte sich auf Grund sorgfältiger Wahrscheinlichkeitsrechnung der „Normalfall“ heraus, daß eine gesunde verheiratete Frau von 31 Jahren durchschnittlich noch mit weiteren 37 Lebensjahren rechnen kann, eine gleichaltrige ledige aber nur mit 30. Ganz allgemein ließ sich der Nachweis erbringen, daß sich die Aussichten, das 45. Lebensjahr zu erreichen, zwischen verheirateten und ledigen Frauen im Verhältnis 73:53 ausdrücken, mithin die unverheirateten auch hier wesentlich schlechter abschneiden.

Welche Ursachen liegen nun diesen Tatsachen zugrunde? Man ist in diesem Fall allerdings — wie so oft auf dem weitverzweigten Gebiet der Statistik, in dem die Wahrscheinlichkeit als unvergängliche Größe und dennoch als Generatoren regiert, — auch auf mehr oder weniger einleuchtende Hypothesen angewiesen und wird es in absehbarer Zeit wohl noch bleiben. Es ist nun verschiedentlich die Ansicht vertreten worden, daß die günstigere Lebensdauer bei Verheirateten sich nicht so sehr aus der Tatsache ihres ehelichen Daseins als vielmehr aus ihrer eigenen Konstitution

herleiten läßt. Männer und Frauen, die sich in einem bestimmten Alter verheiraten, sind — so sagt, wohl verstanden, die Statistik — im allgemeinen normale Naturen mit verhältnismäßig guten geistigen und körperlichen Eigenschaften, mithin vernünftige und überwiegend gesunde Menschen. Ausnahmen bestätigen gerade hier die Regel. Der allen Rassen innewohnende Grundsatz der Zuchtwahl drängt in normalen Fällen den eheschließenden Teil dazu, im Partner instinktiv nach dem Grade der bei ihm vermuteten Ehehaftigkeit zu suchen und dadurch seine Wahl zu treffen. Eine Wahl, wie sie sich in der Regel aus verschiedenen Faktoren zusammensetzt, von denen hier nur die soziale Stellung, die körperliche Verfassung und das seelische Fluidum des oder der Erwählten als die wesentlichsten genannt seien. „Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper“ ist gerade heute wieder in verstärktem Maße etwas, was alle Eheschließenden im Partner vorausfinden möchten. Eine auf dieser Grundlage aufgebauten Ehe bietet naturgemäß ganz andere Möglichkeiten zu einem in jeder Beziehung hygienischen, vernünftigem und somit naturgerechten Lebenswandel, als ihn der Ledige auf die Dauer selbst bei besten sozialen Voraussetzungen zu führen imstande ist, der meistens nie das ganz sein wird, was man gemeinhin einen harmonischen Menschen nennt. Wie weit dann auch noch das Bewußtsein organischer Zweckbestimmung bei verheirateten Menschen als lebensförderndes und -verlängerndes Moment besonders gewertet werden kann, entzieht sich natürlich jeder nüchternen statistischen Erwägung. Und das bekannte Wort des Apostels Paulus: „Heiraten ist gut — nicht heiraten besser“ hat keinen Bestand angesichts der Zahlenkolonnen heutiger Lebensversicherungsgesellschaften, die (allerdings nur hinsichtlich der Lebensdauer!) gerade die gegenteilige Weisheit verkünden.

Kleine Rundschau.

* Elf Mädchen durch Wölfe zerrissen. Aus Ungarn wird berichtet: Im hohen Gebirge von Máramaross — eine auch zu gewöhnlichen Zeiten ziemlich kalte Gegend — herrschte infolge der allgemeinen Kälte in Mitteleuropa ein sehr strenger Winter. Es wurden schon viele Hirten erfroren aufgefunden, die landesmäßig mit ihren Tieren den Winter im Freien durchmachten. Den größten Schrecken der Umgebung bildeten aber die Wölfe, die in den stark verschneiten Waldungen keine Nahrung finden. — Die Mittelstands-familien in Máramarosszige haben eine besondere Vorliebe für Dienstmägde aus Nagybánya, die gewöhnlich nach Neujahr ihren Dienst antreten. Wie alljährlich, so auch diesmal, fuhren die Mädchen aus Nagybánya mit dem Lokzug ab, der jedoch bloß bis Sugatag führt. Von Sugatag spricht Schugatag trat eine Gruppe von zwanzig Mädchen, die die Weiterreise zu Fuß an. In furchtlicher Kälte, laut singend, gingen diese Mägde ihres Weges, als sie plötzlich von einer Wolsfaherde angegriffen wurden. Nach Hilfe schreiend, ergriffen die Mädchen die Flucht, als von ihnen

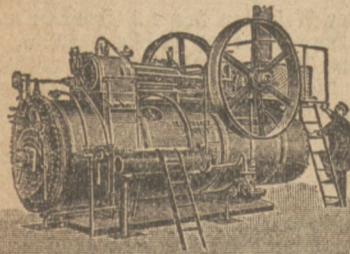
wurden aber von den Wölfen eingeholt und im Nu zerrissen und aufgefressen. Der traurige Vorfall bildet selbstverständlich in Máramarosszige und in Nagybánya den Gegenstand allgemeiner Teilnahme. Aus Sugatag begaben sich Gendarmeriepatrouillen und freiwillige Jäger dorthin, um eine allgemeine Jagd gegen die Wölfe zu veranstalten.

* Wolfsplage in Litauen. Litauen hat diesen Winter wieder besonders stark unter der Wolfsplage zu leiden, da die Tiere infolge des strengen Winters keine Nahrung finden und so ihre natürliche Feindseligkeit aus Hunger und Not so weit überwinden, dass sie bis in die Dörfer, ja, bis an die Häuser und in die Höfe der Menschen herankommen. Ein grauenhaftes Erlebnis hatte vor wenigen Tagen eine Bauerstochter in Uciany. Sie war mit ihrem Töchterchen zu Besuch bei ihrer Mutter gewesen, die etwa eine halbe Stunde weit vom Orte entfernt wohnte. Die junge Frau versteckte sich etwas, und so war es schon dämmerig, als sie mit dem Kind den Heimweg antrat. Unterwegs wurden Mutter und Kind von Wölfen verlost und fand, ehe sie das Dorf erreicht hatten, von den hungrigen Bestien angefallen. Die Frau schrie um Hilfe und wehrte sich, und herbeteilende

Dorfbewohner befreiten sie aus der Gefahr, aber die Wölfe hatten ihr das kleine Kind aus den Armen gerissen und vor ihren Augen verschlungen. Die Unglücksliste musste in eine Nervenheilanstalt gebracht werden.

* Beispiele bis aus Siedlung. In Warischau wurde in einer der letzten kalten Nächte ein völlig nackter Mann von der Polizei festgenommen, die zunächst einen Verrückten vermutete. Es stellte sich aber bald heraus, dass es sich um einen Normalen handelte, der beim Kartenspiel mit Freunden Geld und Kleidung verpielt hatte und nach auf dem Heimweg begriffen war.

* Eine alte Karre. So nennen die Leute in der nordfranzösischen Gemeinde Belloy-St. Leonard das Automobil ihres Pfarrers Gavois. In der Tat dürfte dieser Wagen das älteste noch in Betrieb stehende Automobil der Welt sein. Hochwürden erstand diesen Panhard im Jahre 1891, als die ersten Tüftler auf den Markt kamen, für 1800 Franken. Der Wagen hat 1 P. S. (1) und läuft auf Eisenreifen, aber immerhin schon 36 Jahre. Bei der nächsten Panne will die Gemeinde eine Jubiläumsfeier veranstalten, denn die „alte Karre“ soll bisher 499 mal verlegt haben.



Lokomobilen

WOLF 250/350 P.S.
WOLF 145/200 P.S.
WOLF 140/190 P.S.
LANZ 75/105 P.S.
LANZ 50/70 P.S.
LANZ 28/52 P.S.

günstig abzugeben.

Ausführliche Offerte auf Anfragen.

Hodam & Ressler,
Danzig.

Maschinenfabrik — Gegr. 1885.

Heirat

Hofbeamten

Einen unverheirateten
Herrn sucht
Herrschaft Liszkow,
vow. Wratisl. 1240
Gesucht ver sofort od.
1. Februar gebildeter,
evangelischer 1332

Landwirtstochter
aus gut, evgl. Familie,
24 J. alt, groß, gesund,
blond (kein Blaubart),
wirtschaftl. (größ). Vermögen und gute Aus-
steuer, Theoriebildung und musikalisch, möchte
gebildeten, solid. Herrn
kenn. lernen, a. lieben
selbstständig. Landwirt,
zwecks Heirat.

Zuschrift m. Bild, welch.
joi. zurückgeliefert wird,
u. S. 683 a.d. G. d. erb.
Strebjamer, gebildeter

Landwirt

30 J. evgl., forsch. Er-
schein., Besitz eines 250
Mgl. gr. Grundst., sucht
a. die. Wege pass. Danz.
Belieblich zw. Heirat.
Off. mögl. m. Bild und
Ang. der Berh. u. A. 694
a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Geldmarkt

500-1000 zł
zu hohe Zins, auf eine
Landwirtschaft gesucht.
Off. u. C. 701 a.d. G. d. 3.

Auf erstklassiges Haus-
grundstück in Graudenz
suche zur 1. Stelle

4-5000 zł.

Offert. unt. W. 1342 an
Kriede, Graudenz.

Zum Zwecke der Be-
leihung suchte ich auf
mein Stadthausgrund-
stück gelegen in Grau-
denza im Werte von
50.000 zł zur 1. Stelle

10-12000 Zlony

Off. u. B. 1340 a.d. Gesch.
a. Kriede, Graudenz.

Offene Stellen

Zum 1. März 1928
gesucht jüngerer

Hofbeamter

unverheir. mit Kennt-
nissen d. Buchführung,
Zeugnis-Ublichkeiten u.
C. 125 an die Geschäft.
der Deut. Rundschau.

Auf Winter-Poletot- u. Montelstoffe

für Damen und Herren
gebe bis zum 20. Januar

15 Prozent Rabatt

Wer Bedarf hat, benutze diese äußerst günst. Gelegenheit

A. Kutschke, Tuchhandlung
ul. Gdańsk 4, gegründet 1895.

Hofverwalter

ledig, bestens vertraut mit Viehpflege, ebenso
bewandert im Rechnungswesen, sucht

Dom. Rotomierz,
powiat Bydgoszcz.

Rout. Verkäufer

für Auto-Ausrüstungen und Zubehör ver-
sorft gesucht. Poln. Kenntnisse Bedingung.
Offerter mit Lüdenlorem, selbstgezeichnetem
Lebenslauf unter Angabe der Gehaltsanspr.
erbeten. Gleichfalls kann ein

Raufmanns-Lehrling

eintreten.

C. Stadie-Automobile, Bydgoszcz, Gdańsk 160

Junger Mann

aus der Judenw. oder Kolonialw.-Branche
für die Expedition (Bahnverbandabteilung)
per bald gesucht.

Nur Herren, welche schon derart. Posten inne-
haben, mit prima Zeugnissen, wollen sich
melden unter J. 1267 an die Geschäftsst. d. 3.

Für meine Fabrik und Großhandel in
Pommern suchen mich per sofort oder 1. 4. 28
einen tüchtigen, zuverlässigen, älteren

Lagerverwalter und Expedienten

dieselbe muss beider Landessprachen in Wort
und Schrift mächtig sein und besitze Empfehl.
ungen, nebst Lebens-
lauf, Zeugnissabschrift.
u. Gehaltsansprüchen
unter J. 1350 an die
Geschäftsst. d. Zeitg.

Jum. 1. 2. 28 evangel.

Eleve

unter meiner Leitung
gesucht. Lebenslauf
gesucht ver sofort
1. Februar gebildeter,
evangelischer 1332

Elene

für 1800 Morgen ohne
gegenset. Vergütung.
Landwirtsch. bevor-
zugt. Eigene Betten u.
Wäsche. Schriftl. Mel-
dungen nebst Lebens-
lauf erbitte. Dom.
Liszkiwo-Jobshöhe b.
Liszkiwo, pow. Wratisl.

Jum. 1. 2. 28 evangel.

Kindermädchen

nicht unter 20 Jahren, i.
meine Kinder im Alter
von 2 Jahr. u. 10 Mon.
Angeb. nebst Lebens-
lauf, Zeugnissabschrift.
u. Gehaltsansprüchen
unter J. 1350 am die
Geschäftsst. d. Zeitg.

Bon sofort eine

Amme

gesucht. Briefliche oder
mündl. Angeb. sind zu
richten an Neumann.
Dietmar.

Stücke

gesucht zum 15. Februar
oder später, zur Ver-
treitung auf 2 bis 3
Monate, die losen
sind und mit Feder-
viehbaustoff u. Wäsche
bescheid weiß. Gehalts-
ansprüche zu richten an

„Hotel Polonia“.
Leon Bachholz, 22
Szwedzko, Pomorze.

Lubawa, Pomorze.

Suche v. 15. Februar
1. März tüchtige
ehrliche, zuverlässige

Köchin

od. Mamsell
unter Leitz. der Haus-
frau i. Landhausstall.

Selbiges muss zum Teil
die Küchenarbeit auch
übernehmen. Angeb. m.
Lebenslauf, Zeugniss-
abschriften u. Gehalts-
anspr. unt. A. 1351 an d.
Geschäftsst. d. Zeitg.

Ein tüchtiger, junger
evangelischer 1322

Hofbeamter

gesucht. Gedieg. poln.
Sprache in Wort und
Schrift, firm in sämtl.
Büroarbeiten, Kranten-
fass., Gutsvorsteherach.
sowie in Stenographie.
Nur schriftliche Bewer-
bungsanprüche erübtet

1349 Rentamt der
Herrschaft Lastowice,
pow. Swietcie.

Maria Scharmack,
Koscielna 7, 682

p. Jamielnit Pomorze.

zum 1. 3. 28. Näherru-
stung ert. Defonomie-
rat Richter in Bagni,
Kurt Man, Robyn, 1299
pow. Krotozyn, 682

a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Mädchen

mit Kochkenntnissen u.
sämtl. Hausarb. vertr.
sucht von sofort od. 1. 2.

Maria Scharmack,
Koscielna 7, 682

p. Jamielnit Pomorze.

zum 1. 3. 28. Näherru-
stung ert. Defonomie-
rat Richter in Bagni,
Kurt Man, Robyn, 1299
pow. Krotozyn, 682

a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Hanomag WD Radschlepper 28/32 P.S.

die führende deutsche Zugmaschine

hat sich in der Praxis glänzend bewährt, verarbeitet billige Brennstoffe, ist vielseitig verwendbar und auch als ortsfeste Kraftquelle stets betriebsbereit. — Zu beziehen durch die Generalvertretung

Landw. Zentralgenossenschaft

Spoldz. z. odr. odp.

Geschäftsstelle Bydgoszcz, Dworcowa 30 Tel. 291, 374

Illustrierte Druckschriften, Referenzen sowie Vertreterbesuch auf Wunsch.

Gärtner

Chausseur, verh., kath.,
26 J. alt, beid. Landes-

sprachen in Wort und

Schrift mächtig, sucht

gefürst auf gute Zeug-

nisse. Stellung vom

1. 4. 1923 oder früher.

Meldung, unt. B. 1320

an d. Geistl. d. 3. erb.

an. 1292

suche zum 1. April od.

1. Juli dieses Jahres.

Dauerstellung als ver-

heirateter 1322

suche 1. Februar od.

1. Juli dieses Jahres.

</div

Polnische Anerkennung für die Deutschen.

Warschau, 19. Januar. In dem Warschauer Nachmittagsblatt "A. B. C." finden wir folgende Ausführungen, die eine höchst selige Anerkennung für die Tätigkeit der Deutschen im Lande bedeuten:

"Wer den deutschen Sejmklub gut beobachtet hat, der muss gemerkt haben, dass die deutschen Abgeordneten über die Abgeordneten der anderen Minderheiten hinausgeragt haben. Ruhig und ernst schritten die Gestalten der Deutschen durch den Saal und die Wandgänge. Keine erregte Aussprache brachte sie aus dem Gleichgewicht. Fast nie haben sie sich irgend welche Aussätze erlaubt. In gewissen Momenten merkte man jedoch ihren Einfluss auf die Sejmabschlüsse."

Dieses Verhalten der deutschen Sejmabgeordneten charakterisiert die große Arbeit der Deutschen im Lande. Sie wird richtig, ohne Färm und Reklame geleistet und doch merkt man ihren Erfolg und ihre Früchte auf jedem Schrift. Wer an den Wahlarbeiten in den Bezirken teilgenommen hat, in denen die Deutschen einen gewissen Prozentsatz der Bevölkerung bilden, müste mit Anerkennung feststellen, dass die Deutschen, obgleich sie keine Agitation betrieben und keine Versammlungen abhielten, alle Stimmen der deutschen Nationalisten erhielten. So groß ist das nationale Gefühl unter den Deutschen, die unter der polnischen Mehrheit verstreut sind, und so groß ist ihr Pflichtgefühl."

Dieses Pflichtgefühl wird sich hoffentlich auch bei den diesmaligen Wahlen dadurch äußern, dass der List des Blocks der nationalen Minderheiten auch nicht eine Stimme verloren geht.

Deutscher Gegenbesuch.

Warschau, 19. Januar. Am 27. d. M. treffen 22 Vertreter der deutschen Wirtschaftskreise, die die Großindustrie, sowie die Handels- und Wirtschaftsorganisationen repräsentieren, hier ein. Die Gäste waren zum Teil schon im Dezember v. J. von den polnischen Wirtschaftsgruppen während deren Aufenthalts in Berlin eingeladen worden. Sie werden sich zwei Tage in Warschau aufzuhalten und von einem besonderen Komitee empfangen werden, dessen Präsidium aus den Herren J. von Zychlinski, Fürst Janusz Radziwill und dem ehemaligen Abgeordneten Treptow besteht.

Wie's gemacht wird.

Der "Kurier Poznański" hatte am 18. d. M. in einem Artikel "Die Geistlichkeit über die Politik der jetzigen Regierung" unter Berufung auf Ausführungen des Geistlichen Blotnicki in der "Gazeta Kościelna" und des Geistlichen Urban im "Przegaz Powszechny" behauptet, dass die polnisch-katholische Geistlichkeit sich durch ihre führenden Vertreter gegen die Regierung und für die Stellungnahme der Encyclopaedia erklärt habe. Im "Dz. Bydg." weist nun der Geistliche Dr. S. Mitrek auf der Hand breiterer Auszüge aus den erwähnten Artikeln der beiden genannten Geistlichen nach, dass diese Vertreter der Geistlichkeit ungefähr das Gegenteil von dem geschrieben haben, was ihnen der "Kurij. Pozn." unterschreibt. Der "Kurij. Pozn." habe aus den besagten Artikeln ein paar Sätze aus dem Zusammenhang herausgespielt, die ihm für seinen Kram passen, die aber von der Gesamttheit der Artikel ein ganz falsches Bild geben, d. h. mit dünnen Wörtern: der "Kurij. Pozn." hat zur Veröffentlichung seines Leserpublikums die fraglichen Artikel gefälscht.

Domowiss auf dem Index.

Der sozialistische "Robotnik" in Warsaw stellt fest, dass Roman Domowisski sich in einer peinlichen Lage befindet, weil seine "Bekämpfung" (früher agitierte Domowisski gegen den Klerus) und sein neuerliches Liebeserben um den Klerikalismus in seinem unläufig herausgegebenen Brochüren sehr kritische Bemerkungen machgebender Persönlichkeiten wie des Erzbischofs Nowy und der klerikal eingestellten Gruppen, wie der katholischen Polspartei, begegneten. Der größte Vorwurf, den diese Kritiker Herrn Domowisski machen, stützte sich darauf, dass er mit der Religion wie mit einem politischen Werkzeug Manipulation treibe.

Und dies ist — so meint der "Robotnik" — die Wahrheit. Für die Nationaldemokratie ist die Religion ein politisches Mittel, das in demagogischer Weise für Partei Zwecke missbraucht wird."

Republik Polen.

Verhaftung von zwei Bankdirektoren.

Warschau, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Vor einigen Monaten waren die Direktoren Szmitkowski und Muler von der Sozialen Genossenschaftsbank verhaftet worden, die später nach Hinterlegung einer Kautioin wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Dadurch wurde ihnen die Möglichkeit geboten, ihre betrügerischen Manipulationen zum Schaden der Klienten der Bank weiter fortzuführen. Die Höhe der unterschlagenen Beträge wird auf eine halbe Million Złoty geschätzt. Auch ein Prokurist der Bank wurde verhaftet. Die Bank wurde versiegelt.

Rundschau des Staatsbürgers.

Zulassung von Brieftelegrammen im Verkehr zwischen Polen und Danzig.

Vom 1. Februar 1928 an sind Brieftelegramme im Verkehr zwischen Danzig und Polen unbeschränkt zugelassen. Sie können jederzeit bei allen Telegraphenanstalten während der Dienststunden aufgeliefert werden. Die Postgebühr beträgt nach wie vor 50 v. H. der jeweiligen Gebühr für ein vollbezahltes Wort, mindestens ist die Gebühr von 20 Wörtern für ein Brieftelegramm zu erheben.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeschert.

Bromberg, 20. Januar.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Fortdauer der schwachen Nachtfroste bei gelinderen Tagess temperaturen an.

Preisunterschiede innerhalb Polens bei Lebensmitteln.

Das polnische Industrie- und Handelsministerium veröffentlicht einen Lebensmittelpreisausweis aus mehreren polnischen Städten. Hier nach kosteten in der Zeit vom 20. Dezember 1927 bis 1. Januar 1928 ein Kilo Weizenmehl im Kleinverkaufspreis in Gdingen 1,10, in Dirichau 0,75, in Bromberg 0,86, in Posen 0,86, in Wilna 1,00, in Warschau 0,88 Złoty. Ein Kilo Brot: in Gdingen 0,67, in Dirichau 0,60, in Bromberg 0,50, in Posen 0,61, in Dirichau 0,60, in Wilna 0,60 Złoty; ein Kilo Rindfleisch in Gdingen 2,40, in Dirichau 2,00, in Bromberg 2,70, in Graudenz 2,80, in Posen 2,20, in Wilna 2,60, in Warschau 3,40; ein Kilo Kartoffeln in Gdingen 0,20, in Dirichau 0,15, in Bromberg 0,12, in Graudenz 0,15, in Posen 0,12, in Warschau 0,20; ein Kilo Tee in Gdingen 24,00, in Dirichau 28,00, in Bromberg 12,00, in Graudenz 11,00, in Posen 20,00, in Warschau 28,00; ein Kilo Kaffee in Gdingen 8,00, in Dirichau 8,00, in Bromberg 8,40, in Graudenz 13,50, in Posen 11,40, in Warschau 10,00; Heringe pro Stück in Gdingen 0,15, in Dirichau 0,15, in Bromberg 0,17, in Graudenz 0,17, in Posen 0,20, Wilna 0,25 und Warschau 0,25 Złoty.

Die Preisunterschiede in den einzelnen Städten Polens sind also teilsweise ganz gewaltig. Erklärlich sind diese Unterschiede noch bei Waren wie etwa Heringen und Kaffee. Denn der Weg von der Küste als Haugstädtte bzw. Einfuhrhafen ins Innland verläuft natürlich die Ware erheblich. Jedoch eröffnet sich den mit dem Kampf gegen die Teuerung beauftragten Regierungsstellen ein weitestes Tätigkeitsfeld bei der Untersuchung des Umstandes, warum ausgerechnet in Gdingen — das in dem kartoffelreichen Pommerellen liegt — die Kartoffeln um etwa 70 Prozent teurer sind, als etwa in Bromberg oder Posen. Unerklärlich ist auch der gewaltige Preisunterschied bei Tee, der selbst bei so eng benachbarten Städten wie Graudenz und Dirichau über 160 Prozent beträgt.

Iedenfalls sind die unausgeglichenen Preise ein Spiegelbild der unausgeglichenen Wirtschaft unseres Landes.

S Weiteres Steigen der Weichsel. Der Weichselwasserstand betrug heute um 10 Uhr vormittag in Brahemünde + 4,10 Meter. Trotz des weiteren Steigens des Wasserstandes wird Hochwassergefahr vorläufig noch nicht erwartet.

S Wieder regelmäßige Lichtversorgung? Auf dem Gelände des neuen städtischen Elektrizitätswerkes in Jagdwitz wurde am Dienstag in Anwesenheit der Vertreter der Stadtbehörden der neue, erste Dieselmotor in Betrieb gesetzt. Der Motor sollte eigentlich bereits Ende Dezember in Betrieb gesetzt werden, was jedoch durch Wassermangel verhindert wurde. Es zeigte sich nämlich, dass die Wasserspeisung aus dem auf dem Grundstück des Elektrizitätswerkes neu gegrabenen Brunnen nicht ausreichend war und so Wasser aus der Braue gepumpt, teilweise auch die Wasserversorgung zu Hilfe genommen werden musste. Der Dieselmotor funktionierte bei der Probe tadellos und soll schon in den nächsten Tagen mit der Belieferung der Eisenbahn-Hauptwerkstätten mit Strom beginnen. Hierdurch hofft man auch das alte Elektrizitätswerk entlasten und so eine regelmäßige Versorgung der Stadt mit elektrischem Strom sicherstellen zu können.

S Der Bienenvirtschaftliche Verein für Bromberg und Umgegend hielt am 15. d. M. in der Johannisschule seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Bieta erinnerte an die heiteren und traurigen Ereignisse im Verein und wünschte allen Mitgliedern ein gutes Honigjahr. Herr Konecki dankte er für die mustergültige Rassenführung. Die Vorstandschaft ergab folgendes Ergebnis: Vorsitzender Bieta, Stellvertreter Bröwski, Rassensführer Kawański, Stellvertreter Sterczewski, Schriftführer Domarecki, Stellvertreter Płoszynski, Beisitzer Kiehlke, Samoduny und Frau Swoboda. Herr Koźmierzak hielt einen lehrreichen Vortrag über die Königin. Herr Borkowski führte einen einfachen, aber sehr praktischen Apparat vor, mit dem man die Biene im Innern des Kastens oder Korbes beobachten kann, ohne sie zu stören oder den Korb zu öffnen. Nach Aufnahme eines neuen Mitgliedes wurde die Versammlung geschlossen.

In Politik und „grober Unruhe“. Wegen groben Unfugs wurde der frühere Gendarmit Michael Slipko von hier vom Kreisgericht in Schubin zu 150 Złoty Geldstrafe oder zehn Tagen Haft verurteilt. Er legte gegen das Urteil Berufung ein und hatte sich vor der dritten Strafkammer des Bezirkgerichts zu verantworten. Der Angeklagte hielt am 18. März vorigen Jahres auf einer Versammlung der unabhängigen Banderpartei in Schubin ein Referat. In diesem sollen folgende Äußerungen gefallen sein: „Unorganisierte Völker fallen dem organisierten politischen Betrug zum Opfer. Die Agrarreform steht wohl auf dem Papier, aber sie wird nicht ausgeführt. Und bestellt den Staat. Witos erhält davon 15 Millionen Mark und überstieß Pliszinski. Alles dies erlangte die Rechte.“ Der Angeklagte behauptet, in diesem Sinne nicht gesprochen, sondern ungefähr ausgeführt zu haben, dass die Agrarreform ein politischer Betrug war, da die Regierung kein Geld hatte, die Reform auszuführen. Es fehlte eben der Fundus, der zwei Milliarden Złoty ausmachen würde. Die Rechte abb 15 Millionen für Wahlpropaganda und nicht Witos, sondern eine Bande überstieß den Marshall Pliszinski. Letzterer führte die Sanierung durch und legte zehn Poljawoden ab. Der Staatsanwalt beantragte Aufrechterhaltung der in Schubin erkannten Strafe und Verweitung der Berufung. Das Gericht sprach zum Ausdruck, dass es in den gebrauchten Ausdrücken des Angeklagten nichts erwidern könne, was die öffentliche Ordnung stören könnte, sobald das Schubiner Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

In Gerichtsbericht. Wegen Verbrechens gegen leidendes Leben hatte sich die Gebannte Marta Szuhertowska von hier, Adlerstraße 12, vor der ersten Strafkammer des Bezirkgerichts zu verantworten. Die Angeklagte wurde bereits im vorigen Jahre zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe verurteilt, beantragte aber Durchführung der Revision, woraufhin das höhere Gericht aus formalen Gründen die Angelegenheit zu nochmaliger Verhandlung zurückverwies. Die S. ist beschuldigt, im August 1925 unzulässige Eingriffe an der Chefarzt eines hiesigen Kaufmanns vorgenommen zu haben, an deren Folgen die Frau starb. Die Angeklagte bestreitet die ihr zur Last gelegte Verfehlung und gibt an, die verstorbene Frau gar nicht gekannt zu haben. Wier örtliche Sachverständige erklärten lediglich, konstatiert zu haben, dass bei der Verstorbenen unerlaubte Eingriffe vorgenommen waren. Der Staatsanwalt hielt die Anklage aufrecht und beantragte Verhängung derselben Strafe. (Zwei Jahre Zuchthaus.) Der Verteidiger erwiderte unter anderem, dass fiktive hältbare Beweise fehlen und die Sektion der Verteidigung unrichtig durchgeführt wurde. Das Gericht schloss sich den Ausführungen des Verteidigers an und sprach die Angeklagte wegen Mängels ausreichender Beweise frei.

Wegen Einbruchsdiebstahl ist der Lehrling Clemens Szarafinski aus Słoszki und wegen Beihilfe dazu der Lehrer Franz Szarafinski von hier angeklagt. Der erstere Angeklagte steht im Juni vorigen Jahres an der Schule in Jägerhof verschiedene Eisenstücke und schaffte die gestohlenen Teile mit einem Handwagen des zweiten Angeklagten fort. Der Staatsanwalt beantragte für die beiden Angeklagten je eine Woche Gefängnis; das Gericht verurteilte den Franz S. zu einer Woche Gefängnis und erließ dem Clemens S. einen Verweis. — Der Arbeiter Leo Czyżewski von hier verübte ebenfalls einen Einbruchsdiebstahl. Er erbrach im August vorigen Jahres die Remise eines Bauunternehmers und stahl dort verschiedene Werkzeuge und einen Anzug. Der Angeklagte wird dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. — Wegen Einbruchsdiebstahl aus der Dachdecker Josef Szulc und der Arbeiter Bronislaw Muszyński aus Barischin vom Schöfengericht in Lublin zu vierzehn bzw. zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Beide legten gegen das Urteil Berufung ein. Es handelte sich um einen Kartoffeldiebstahl, der in der Dunkelheit ausgeführt wurde. An den Gestalten glaubte man die Angeklagten zu erkennen. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung. Das Gericht hob das Lubliner Urteil auf und sprach die Angeklagten mangels ausreichender Beweise frei. — Wegen Körperverletzung wurden die Landwirtsjähne Alfred und Arthur Klett aus Samotschin vom Schöfengericht in Margonin zu je zwei Monaten Gefängnis oder 180 bzw. 100 zł Geldstrafe verurteilt. Gelegentlich eines Streites sollen die Angeklagten einen Sieg vor mit gefährlichen Werkzeugen geschlagen haben, wobei sie den S. verletzten. Die Angeklagten geben an, von S. beschimpft worden zu sein und zur Notwehr gezwungen zu haben. Das Gericht verwarf die Berufung der Angeklagten. — Ebenfalls wegen Körperverletzung wurde der Landwirt Josef Solis aus Wiejska, Kreis Schubin, vom Extern Gericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll einen Kufeld derartig, dass der Schulterknochen zerbrach. Auch dieser Angeklagte machte Notwehr geltend. Das Gericht hob das Extern Urteil auf und verurteilte S. zu zwei Monaten Gefängnis oder 240 zł Geldstrafe.

In Ein aufregender Vorfall im Gerichtsgebäude. Am Dienstag mittag gegen 1 Uhr stürzte sich eine etwa zwanzigjährige unverheiratete weibliche Person vom zweiten Stockwerk des hiesigen Amtsgerichts den Treppenabsatz hinunter, wo sie schwer verletzt liegen blieb. Der telefonisch herbeigerufenen Krankenwagen schaffte die Unglücksche in das städtische Krankenhaus. Die Verunglückte hatte ein Verhör bei einem Untersuchungsrichter zu bestehen und zu diesem Verhör wurde sie von einem Polizeibeamten vorgeführt.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Das Berliner Sinfonie-Orchester wird am Freitag, den 8. Februar, nachmittags 5 Uhr, in der Evangel. Pfarrkirche zu Bromberg ein großes Sinfonie-Konzert geben. Das Orchester kommt in voller Stärke (etwa 80 Mitwirkende) unter seinem Dirigenten Emil Bonke. Als Solist wird der Violinistin Dorothea Weihmann mit. Mit Rückicht auf die Besucher vom Lande und aus den Nachbarstädten ist der Beginn auf 5 Uhr festgelegt, so dass alle Züge, die zwischen 1/2 und 8 Uhr Bromberg verlassen, beguen erreicht werden können. Der Vorverkauf beginnt am 24. Januar in den Buchhandlungen C. Hecht Nachf., ul. Gdańsk 19, und W. John, ul. Gdańsk 180. In Graudenz nimmt die Buchhandlung Arnold Kriedte, ul. Mickiewicza 3, Vorbestellungen an.

S Inowrocław, 17. Januar. Wie weit der Wildstand zurückgegangen ist, lässt sich aus dem Ergebnis der letzten Treibjagden, die in der vorigen Woche hier veranstaltet wurden, erschließen. Es wurden auf den Jagdbezirken Johannisdorf und Dombie, Hammermeister-Johannisdorf gehörig, von 16 Schützen 8 Hasen; auf dem Jagdbezirk Grüntisch, Hofmann-Dotterbruch gehörig, von 18 Schützen 10 Hasen, und auf dem Jagdbezirk Grüntal, Karau-Grüntal gehörig, von ebensoviel Schützen 8 Hasen erlegt. Die Jagdteilnehmer entschädigten sich aber dadurch, dass von den betreffenden Jagdpächtern im Saale der Ortschaftswirtschaft ein Jagdvergnügen veranstaltet wurde, das die Jagdteilnehmer sowie geladenen Gäste bis zum frühen Morgen zusammenhielt.

S Alzheim (Kotomierz), 19. Januar. Die Diebereien und Einbrüche nehmen wieder zu. In Friedingen und Einwicke dauern die Diebstähle fast ununterbrochen an. Kürzlich hat der Kaufmann Beyer wieder einen bedeutenden Verlust durch Einbruch erlitten. Es scheint sich bei allen dortigen Diebstählen um dieselben, mit den örtlichen Verhältnissen wohlbekannten Einbrecher zu handeln. — Zu der Nacht zum 18. Januar wurde auch wieder einmal das Pfarrgebäude S. Leonhardi heimgesucht. Die Diebe brachen die Scheunentür auf und raubten 7 Hühner. Außerdem nahmen sie alles mit, was auf dem Scheunenboden sich befand: eine Art, eine vierjährige Fichte und sogar porzellane Nestester. Die Einbrecher müssen gute Zähne haben. Wohl bekommt's Ihnen! Besser dürfte es Ihnen und der ganzen Gegend aber bekommen, wenn sie hinter Schloss und Riegel gezeigt würden und die Unsicherheit auf dem Lande aufhörte.

S Pojen (Poznań), 19. Januar. Eine Arbeitslosendemonstration fand am Dienstag vor dem Arbeitslosenamt auf der Libeltastraße statt. Den Versammler teilte man mit, dass bis jetzt noch keine Nachricht aus Warschau betr. einer Unterstützung eingingen. Daraus bildete sich ein Umzug, der zum Arbeitsvermittlungssamt auf dem Iwoniszplatz strebte. Die Demonstration hatte einen ruhigen Verlauf. — Politische Demonstrationen im Kino. In den Lichtspieltheatern "Apollo" und "Metropolis" wird gegenwärtig gleichzeitig der polnische Film "Das Grab des unbekannten Soldaten" abgespielt. In diesem Film, der als das beste polnische Erzeugnis auf diesem Gebiete gilt, ist die Person des heutigen Premier- und Kriegsministers Marschall Piłsudski, besonders hervorgehoben. Diese Tatsache gab einigen polnischen Sichtbühnen Aufschwung, durch Peitschen und Krach den anderen Zuschauern, um so ihrer politischen Überzeugung Ausdruck zu geben. Als sich gestern wieder einer dieser politischen Radikalhelden in beleidigenden Äußerungen über den Premier aussiebt, stand ein anwesender Offizier auf und schlug den "Selben" ins Gesicht. Ein starkes Ausgebot Polizei erlöste die Ruhe wiederherstellen. Es muss jedoch zur Rehabilitierung der Posener Bewohner festgestellt werden, dass die überwiegende Mehrheit des Publikums sich äußerst korrekt verhält und entschieden Stellung gegen die Ausschreitung einiger Endezialhelden nahm. Andererseits aber muss man bemerken, dass Posen bisher die einzige Stadt ist, wo solche Vorfälle, nachdem der Film in allen größeren Städten Polens gespielt wurde, Platz hatten.

S Samter, 19. Januar. Ein schreckliches Unglück ereignete sich am vergangenen Sonnabend auf dem Bahnhof Winino, wo einer Frau beide Beine abgefahren wurden. Die Frau hat anscheinend versucht, auszusteigen und wollte den Zug noch verlassen als sich dieser schon in Bewegung gesetzt hatte. Dabei geriet sie aber unter die Räder und verlor beide Beine.

Gaußschritsteller: Gottbold Storck; verantwortlicher Redakteur für den redaktionellen Teil: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Praszkowski; gedruckt und vertrieben von A. Dietmann & Co. S. S. in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 17.

